

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Generaldirektion Wissenschaft

ARBEITSDOKUMENT

**DIE AUSWIRKUNGEN DES 11. SEPTEMBER 2001
AUF DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER
UND DIE
FOLGEN FÜR DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK DER EU**

DEVE 106 DE

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Generaldirektion Wissenschaft

ARBEITSDOKUMENT

**DIE AUSWIRKUNGEN DES 11. SEPTEMBER 2001
AUF DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER
UND DIE
FOLGEN FÜR DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK DER EU**

DEVE 106 DE

01/2003

Diese Studie wurde vom Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments im Rahmen des Jahresprogrammes für Forschung angefordert.

Diese Veröffentlichung erscheint in folgenden Sprachen:

DE (Originalsprache), EN, FR

Verfasser : Reinhart PABST
Dokumentation : Rayed BOUKHCHINA
Zuständiger Beamter : Abteilung für Landwirtschaft, Regionalpolitik,
Verkehr und Entwicklung
Tel: (+352) 4300-22792
Fax: (+352) 4300-27719
E-mail: DG4-Agriculture@europarl.eu.int

Manuskript abgeschlossen im Januar 2003.

Gedruckte Exemplare
sind erhältlich über : Referat Veröffentlichungen
Tel: (352) 43 00-24053/20347
Fax: (352) 43 00-27722
E-mail: dg4-Publications@europarl.eu.int

Weitere Informationen über die Veröffentlichungen der DGIV
sind erhältlich über : www.europarl.eu.int/studies

Europäisches Parlament, Luxemburg, 2003
ISBN:.....

Bei den dargelegten Ansichten handelt es sich um die des Verfassers, die nicht unbedingt der Position des Europäischen Parlaments entsprechen.

Nachdruck und Übersetzung - ausser zu kommerziellen Zwecken - mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

© Europäische Gemeinschaften, 2003

Printed in Luxembourg

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Zusammenfassung	5
A. Auswirkungen	9
1. Kurzfristige Folgen	10
a) Situation der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten	10
b) Einzelne Sektoren	11
c) Die am meisten betroffenen Länder (-gruppen)	11
2. Langfristige Folgen	12
3. Weitere Auswirkungen	13
B. Folgen für die europäische Entwicklungspolitik	15
1. Das internationale Umfeld nach den Anschlägen	15
a) Der 11. September als bisheriger Höhepunkt antiamerikanischer Anschläge	15
b) Anschläge in anderen Ländern	16
c) Reaktion der Weltgemeinschaft	16
d) Internationale Konferenzen	18
2. Ansätze zur Deutung der Anschläge	18
3. Der Islam im Spannungsfeld zwischen Tradition und Modernität	22
a) Haltung der Religionsführer	22
b) Richtungsstreit und Modernisierung	23
c) Versagen des Staates: Einfluss der Islamisten	24
4. Rolle des Islam in Schwarzafrika	25
a) zunehmender Einfluss des Islam	25
b) Situation in einzelnen afrikanischen Ländern	26
5. Schlussfolgerungen aus den Attentaten	27

6. Orientierungen für eine Antwort der EU auf den Terrorismus:	
Entwicklungspolitik versus militärische Antwort	28
a) Anforderungen an eine militärische Antwort	28
b) Grenzen der Solidarität der EU mit den USA	29
c) Rolle und Gewicht der Entwicklungspolitik der EU bei der Konfliktverhütung	30
d) Notwendigkeit der Kohärenz der Politiken	30
e) Entwicklungspolitik jenseits der Konfliktverhütung	31
f) Achtung fremder Kulturen als Voraussetzung der Zusammenarbeit	32
g) Notwendigkeit der Selbstkritik und Neuorientierung	32
7. Verhältnis der Außen- und Sicherheitspolitik zur Entwicklungspolitik	34
8. Folgerungen für die Entwicklungspolitik der EU	35
a) Mittelmeeranrainerstaaten	36
b) Vorbehalt kultureller und traditioneller Unterschiede	36
c) Einfluss des Nahostkonflikts	37
d) Übrige Regionen und Länder	38
9. Einzelne Politikbereiche	38
a) Demokratie, Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und 'good governance'	38
b) Konfliktverhütung	40
c) Reduzierung der Armut	42
d) Maßnahmen der Bildung und Ausbildung	44
10. Interkultureller Dialog	45
a) Notwendigkeit des interkulturellen Dialogs	45
b) Rolle der EU	46
c) Voraussetzungen der Entstehung von Gewalt	46
d) Ansatzpunkte für den Dialog	47
e) Zu überwindende Hindernisse	48
f) Nutzen und Grundsätze des interkulturellen Dialogs	48
g) Programme zur Intensivierung des interkulturellen Dialogs	51
11. Rolle der Medien	53
Schlussfolgerungen	55
Endnoten	59

ZUSAMMENFASSUNG

Die Studie befasst sich kurz mit den Folgen der Anschläge für die Wirtschaft von Entwicklungs- und Schwellenländern, wo hauptsächlich das Tourismus- und Transportgewerbe betroffen sind. Die Anschläge haben die dortige strukturell schwache Wirtschaft in einer Zeit nachlassender Konjunktur besonders hart getroffen. Besonders schwer wiegt die wohl längerfristig anhaltende Störung des Investitionsklimas, das vom Vertrauen in die Normalität der Wirtschaftsabläufe und in die nachhaltige Rentabilität der Investitionen abhängt.

Die Anschläge waren der Höhepunkt einer langen Reihe von Attentaten extremistischer muslimischer Kreise auf westliche, vornehmlich amerikanische Interessen. Gleichzeitig sind seit vielen Jahren auch regierungsfeindliche Terrorakte islamistischer Gruppierungen innerhalb einiger muslimischer Staaten zu beobachten. Die Bedrohungssituation hat sich seit dem Wirksamwerden der terroristischen Al-Qaida Organisation radikal geändert, da diese im Gegensatz zu den bisherigen eher vereinzelt aktiven terroristischen Gruppen ein finanzstarkes und weltweites Netzwerk aufgebaut hat.

Die Studie erörtert verschiedene Thesen zu den Motiven der Attentate. Im Ergebnis wird der These zugeneigt, dass die Gründe einerseits zu sehen sind in der Bekämpfung der Amerikaner als Eindringlinge an den heiligen Stätten Saudi-Arabiens sowie als militärische und wirtschaftliche Vormacht und wegen ihrer dominierenden Rolle in der Golfregion zum Zweck der Erdölversorgung. Außerdem kommt in den Anschlägen Hass und Verachtung westlicher Zivilisation mit ihren zahlreichen Fehlentwicklungen und Anzeichen von Dekadenz zum Ausdruck, wie sie in der Vorstellung der Täter von den USA symbolisiert wird. Andererseits kommt in den Anschlägen explosionsartig und destruktiv das Gefühl der Frustration extremistischer islamischer Kreise aufgrund der Unfähigkeit eines großen Teils der islamisch-arabischen Welt, sich gegen den Fortschritt und Modernisierungsdruck des Westens zu behaupten und die eigenen gesellschaftlichen Probleme zu lösen, zum Ausdruck. Diese Beweggründe wurden vordergründig durch die im Koran enthaltene Aufforderung der Vernichtung der Juden und Christen in einem heiligen Krieg und daher auch mit dem palästinensischen Freiheitskampf gerechtfertigt.

Die Anschläge haben das ambivalente Verhältnis der USA zu den Herrschern der Golfregion, insbesondere Saudi-Arabiens verstärkt, die einerseits (bislang) zuverlässige Erdöllieferungen gewährleisteten, andererseits aber weltweit islamistische Kreise finanzieren, die zunehmend den Westen bedrohen. Mit Bezug auf die Taliban wird die Gefährlichkeit einer kurzsichtigen Außenpolitik demonstriert, bei der langfristig gültige Wertmaßstäbe momentanen Interessen geopfert werden.

Die Untersuchung erläutert die Reaktion der Weltgemeinschaft, insbesondere der Vereinten Nationen und der EU. Die Attentate haben die internationalen Beziehungen stark verändert. Auch die Entwicklungspolitik muss neue Akzente erhalten. Über die geschlossene Antiterrorcoalition hinaus erwartet die Regierung der USA von der Staatengemeinschaft eine bedingungslosen Gefolgschaft auf ihrem Weg der Terrorbekämpfung. Der Europäische Rat und das Europäische Parlament haben ihre Solidarität mit den USA zwar ausdrücklich erklärt. Es bestehen jedoch erhebliche Vorbehalte, die im Vorrang des Völkerrechts vor der etwaigen Opportunität von militärischen Präventivschlägen aber auch im gesamten politischen Denkansatz bei der Bekämpfung des Terrorismus begründet sind. Die Studie versucht die Grenzen der Solidarität mit den USA mit dem Hinweis auf die Wertordnung der EU und ihren anderen politischen Ansatz aufzuzeigen, der mehr auf die Beseitigung möglicher Ursachen des Terrors gerichtet ist.

Der Grundsatz der Zweckmäßigkeit einer militärischen Antwort auf terroristische Angriffe des gegebenen Ausmaßes wird in Anbetracht des überaus gefährlichen Gegners bejaht. Gleichzeitig werden aber die Möglichkeiten einer langfristig angelegten Entwicklungspolitik zur Konfliktprävention und zur Beseitigung möglicher Ursachen des Terrors aufgezeigt. Hierbei wird festgestellt, dass weltweit eine zunehmende Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung politischer Ziele zu beobachten ist, deren Ursachen ausufernde nationalistische Bestrebungen oder ethnisch bzw. religiös motivierte Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund sozio-ökonomischer Verteilungskämpfe sind. Diese Auseinandersetzungen kommen zum Ausbruch mangels eines geeigneten internen Krisenmanagements infolge von Demokratiedefiziten oder sogar der Auflösung der staatlichen Ordnung.

Die Untersuchung ordnet die Anschläge des 11. Septembers dem islamisch geprägtem Terrorismus zu, weist aber eine Gleichsetzung des Islam mit Terror als unzulässig zurück. Das missbräuchliche Herausgreifen von Passagen des Koran zur Rechtfertigung von Gewaltakten seitens einiger Extremisten kann nicht der Religion und der Mehrheit der gemäßigten Anhänger dieser Religion insgesamt angelastet werden. Ausführlich werden die Herausforderungen abgehandelt, denen sich der Islam gegenwärtig in seiner Einstellung zu Staat und Gesellschaft sowie zur westlichen Kultur gegenüber sieht. Die islamische Welt befindet sich gegenwärtig in einer kritischen Phase des Modernisierungsdrucks, der die traditionellen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen verschärft. Diese religiösen Auseinandersetzungen machen sich gewaltbereite Extremisten zunutze, um eine Führungsrolle zu erringen. Hierbei kommt ihnen einerseits die Doppelrolle des Islam auf der weltlichen und religiösen Ebene und andererseits die Manipulierbarkeit armer, ungebildeter und indoktriniertes Menschen entgegen. Es gilt folglich die gemäßigten Kreise zu stärken und das politische und sozio-ökonomische Umfeld zu stabilisieren.

Die EU als weltweit bedeutendster Akteur auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe kann durch eine langfristig angelegte, kohärente, mit der Außen- und Außenwirtschaftspolitik abgestimmte Entwicklungspolitik einen Beitrag leisten zum Interessenausgleich zwischen Nord und Süd, zum Aufbau der Demokratie, zur Durchsetzung der

Menschenrechte und Festigung staatlicher Strukturen in den Entwicklungsländern wie auch zur Besserung der Lebensverhältnisse der Menschen in materieller Hinsicht und bzgl. ihrer Bildung. Insofern hat eine kohärente und glaubwürdige Entwicklungspolitik konfliktpräventive Wirkung.

Die Studie weist auf den großen Bedarf an staatlichen Einrichtungen zur Grundversorgung in einigen arabisch-muslimischen Staaten infolge des Versagens der Regierung hin, was eine Abhängigkeit armer Bevölkerungsschichten von religiösen, karitativen Einrichtungen geistlicher Führer zur Folge hat, die die Bevölkerung zu ihren Zwecken mobilisieren können und sich über die Lösung sozialer Probleme Rückhalt in der Bevölkerung auf dem Weg zur Machtübernahme verschaffen wollen. Ähnliches gilt für die Bildungsstätten, von denen vor allem in Pakistan eine große Anzahl hauptsächlich religiös ausgerichtet und in der Hand mächtiger religiöser Führer ist.

Daher kommen in Anbetracht des spezifischen Bedrohungsszenarios Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen und zur Demokratisierung in Betracht.

Eine Schlüsselrolle spielt der interkulturelle Dialog mit den weltlichen und geistlichen Meinungsführern der islamischen Welt zum Ziel eines friedlichen Nebeneinander sowie zur gemeinsamen Lösung der weltweiten Probleme, was eine solidarische Grundhaltung zu anderen Ländern und Kulturen impliziert. Der Dialog verlangt auf beiden Seiten zunächst eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Wertordnung und den eigenen Prioritäten. Ein fruchtbarer Dialog setzt außerdem Offenheit, Toleranz und Achtung vor der Kultur und den Traditionen des Partners und dessen religiösen und daher keiner Rechtfertigung bedürftigen Überzeugungen voraus. Der Dialog darf keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sein. Ein sinnvoller Dialog muss auf die Erzielung eines Grundkonsenses gerichtet sein und darf daher fundamentale Fragen wie Demokratie, Menschenwürde und Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie das Problem eines gerechten und friedlichen Ausgleichs gegensätzlicher Interessen nicht ausklammern: in Fragen des Rechtsstaats und der demokratischen Verfassung darf es keine Kompromisse geben. Die Rechtsgarantien einer funktionierenden Demokratie ermöglichen andererseits die freie Religionsausübung. An dem Dialog muss die Zivilgesellschaft ebenso wie die intellektuelle Elite Anteil haben, was mit Programmen zu fördern ist.

Die Medien tragen bei der interkulturellen Verständigung eine große Verantwortung. Häufig treffen Regierungen Entscheidungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die durch die Medien maßgeblich beeinflusst wird. Die meist oberflächliche und sensationsgeladene Darstellung der Konflikte wird weder dem Ernst der Sache noch dem Informationsbedürfnis des Publikums gerecht. Die Sachverhalte sollten möglichst objektiv, die Meinung der Konfliktparteien reflektierend und mit einer Analyse der Ursachen und Motive dargestellt werden. Vielfach sind Journalisten bereits aufgrund ihrer Bildung und Information nicht in der Lage, das Geschehen historisch und kulturell einzuordnen und zu bewerten. Die Veranstaltung von Bildungsseminaren vor dem Hintergrund der interkulturellen Auseinandersetzung ist empfehlenswert.

Die Studie geht auf das Verhältnis der Außen- und Sicherheitspolitik zur Entwicklungspolitik ein. Hierbei wird vor einer Reduzierung der Ratsgremien der EU bei gleichzeitiger Fusion des entwicklungspolitischen Ressorts mit dem auswärtigen gewarnt, da dies die Gefahr mit sich bringt, dass die entwicklungspolitischen Gesichtspunkte beim Entscheidungsprozess eine untergeordnete Rolle spielen oder gar verdrängt werden. Die Anschläge des 11. Septembers haben die Unverzichtbarkeit einer langfristig angelegten kohärenten Entwicklungszusammenarbeit bewiesen, weshalb angezeigt ist, die Eigenständigkeit des Entwicklungsministerrats zu erhalten.

Das MEDA-Programm auf der Grundlage der Erklärung von Barcelona vom 27./28. November 1995 sowie der Beschlüsse der Europa-Mittelmeerkonferenz von Valencia vom 22./23. April 2002 wird als ein hervorragend geeigneter Rahmen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der arabisch-muslimischen Welt der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten angesehen.

Indessen sind erhebliche Fortschritte bei dieser Zusammenarbeit wie auch bzgl. eines umfassenden Ausgleichs mit der arabischen Welt vor einer friedlichen und gerechten Beilegung des Nahostkonflikts nicht erreichbar. Der Freiheitskampf der Palästinenser hat (auch in Anbetracht des weiterhin ungelösten Flüchtlingsproblems vor allem in den Nachbarstaaten) unausweichlich einen arabischen Solidarisierungseffekt, der die Gesamtheit der Beziehungen mit der arabischen Welt überschattet.

Daher wird dringend angemahnt, dass die EU ihr gesamtes politisches Gewicht für eine rasche Beilegung des Konflikts in die Waagschale wirft. Dazu muss sie mit einer Stimme sprechen und darf das Feld nicht allein den USA überlassen, deren Parteilichkeit zugunsten Israels sich als Hindernis bei der Lösung erwiesen hat.

A. AUSWIRKUNGEN

Industrieländer

Wegen der Abhängigkeit der Entwicklungsländer (EL) von der Konjunktur und der Stimmungslage in den Industrieländern wirken sich viele gravierende Ereignisse dieser Länder mittelbar auch auf die EL aus. Das Wirtschaftswachstum der EL ist von 5,5% in 2000 auf 2,9% in 2001 im Gefolge eines Konjunkturrückgangs in den USA, in Japan und in Europa gesunken, wobei der Faktor des 11. Septembers indessen nicht genau zu berechnen ist. Drohende weitere Anschläge in den Industrieländern könnten sich über eine Abschwächung der Konjunkturerholung wiederum mittelbar auf die EL auswirken.

Die Auswirkungen der Anschläge vom 11. September sind in den hochkapitalisierten Industrieländern zusätzlich zu den unmittelbaren Verlusten an Menschenleben in den USA und den angerichteten materiellen Schäden sehr hoch gewesen. Sie betrafen, neben den unmittelbar geschädigten Gebäuden und Betrieben, vor allem die Luftfahrtindustrie und die Tourismusbranche. Insgesamt rechnet man mit einem dreistelligen Milliardenbetrag. Die mittelbaren Auswirkungen dürften in Anbetracht des von den USA eingeschlagenen Wegs der massiven Erhöhung des Militäretats und der weltweiten zusätzlichen, die Produktivität verringernden Sicherheitsmassnahmen insgesamt weit höher als die direkten materiellen Schäden sein. Schließlich sind die Auswirkungen des Klimas der Bedrohung auf die unternehmerischen Entscheidungen gar nicht zu ermessen. Alle diese Faktoren haben ihre Rückwirkungen auf die Verhältnisse in den EL.

Entwicklungsländer

Die Folgen der Anschläge sind für die EL indessen noch gravierender, da sie in einer Zeit nachlassender Wirtschaftswachstum Sektoren trafen, die für die EL lebenswichtig sind. Die Weltbank schätzte in einem Pressekommuniqué vom 1. Oktober 2001, dass infolge der Anschläge zusätzlich 10 Millionen Menschen zu Armut und Zehntausende Kleinkinder zum Tod verurteilt würden. Die Bezifferung der Schäden, insbesondere der langfristigen gestaltet sich, auch wegen des schwer zu bewertenden, aber für die Wirtschaftstätigkeit unverzichtbaren Faktors "Vertrauen", sehr schwierig. Dieser Faktor wirkt in zahlreiche Bereiche hinein und wird noch lange anhalten, weil er Unsicherheit bei allen Wirtschaftsbeteiligten, beim Produzenten, Investor, Kreditgeber, den Finanzmärkten im allgemeinen und beim Konsumenten schafft. Die Unsicherheit wächst angesichts der Drohungen vor weiteren Anschlägen und der allgemeinen Zunahme der Gewaltbereitschaft bei Konflikten. Diese in ihrem Ausmaß völlig neue Situation stellt die politisch Verantwortlichen vor eine äußerst schwierige Aufgabe. Welche Folgerungen sich hieraus für die Entwicklungspolitik der EU ergibt, ist im 2. Teil der Untersuchung beschrieben.

Untersuchungen über die Folgen des Terrorismus

Der Europa-Mittelmeer Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 5./6. November 2001 einen Bericht über die möglichen Auswirkungen der Ereignisse des 11. Septembers 2001 auf die am Barcelona-Prozess beteiligten Mittelmeerländer in Auftrag gegeben, dessen Inhalt in den nachfolgenden Erörterungen berücksichtigt wird. Außerdem werden Ergebnisse eines Berichts der OECD über die wirtschaftlichen Folgen des Terrorismus verwendet.

Unterscheidung der Schäden

Es ist zwischen kurzfristig eingetretenen Schäden und langfristigen zu unterscheiden. Die kurzfristigen sind ihrerseits wieder in direkte (unmittelbar eingetretener Einkommensverlust, z.B. aus Tourismus) und indirekten Schäden zu unterteilen (z.B. Exportrückgang, erschwerter Zugang zu den Finanzmärkten). Die langfristigen Schäden betreffen das Wachstumspotential der betroffenen Länder. Derartige Nachteile ergeben sich z.B. aus dem Bestreben, Risiken zu vermeiden (Investitionsrückgang) bzw. erhöhte Sicherheitsausgaben.

1. Kurzfristige Folgen

a) Situation der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten

Im Jahre 2001 hatte bereits eine weltweite Rezession eingesetzt, die sich besonders stark in den Mittelmeerländern bemerkbar machte, so dass die Ereignisse eine bereits geschwächte Wirtschaftsverfassung trafen.

Infolge der raschen Erholung der Wirtschaft in den USA und Europa unmittelbar nach den Anschlägen dank eines guten internationalen Krisenmanagements, namentlich der Zentralbanken, waren die kurzfristigen Folgen meist vorübergehender Natur. Die längerfristigen Folgen sind, auch im Hinblick auf die strukturellen Schwächen der betroffenen Volkswirtschaften im südlichen Mittelmeerraum schwierig festzustellen. Der 11. September wirkte gewissermaßen als Katalysator: die Lösung des Verschuldungsproblems tritt nun gegenüber den Problemen der strukturellen Wirtschaftswachstumsschwäche, der Arbeitslosigkeit (ca. 20% in der Region) und der Armut in den Hintergrund. Aufgrund der demographischen Entwicklung sind in den nächsten 15 Jahren etwa 25 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Hinzukommt die Notwendigkeit, das Vertrauen der Wirtschaftsbeteiligten, insbesondere des Auslands, zu stärken und Reformen im Finanzsektor, bzgl. der Fremdinvestitionen und einer funktionierenden Marktwirtschaft verstärkt voranzutreiben. Das Klima für Produktivinvestitionen muss verbessert werden. Dies ist ohne einen Friedensschluss im Nahostkonflikt nicht möglich.

b) Einzelne Sektoren

i) Zu den ersten messbaren Auswirkungen gehörte der starke Rückgang der Rohölpreise um ca. 28,5% von 24,5 US\$/Barrel im August 2001 auf 17,5 US\$/Barrel im Dezember 2001 infolge des Nachfragerückgangs und der Furcht vor einer weltweiten Rezession.

ii) Der internationale Tourismus, zu dessen Hauptzielen viele Entwicklungs- und Schwellenländer, vor allem in arabisch-muslimischen Regionen, gehören, ist einer der am meisten geschädigten Wirtschaftssektoren. In den Mittelmeeranrainerstaaten macht der Tourismussektor 25% der Fremdwährungseinnahmen und 10% der Beschäftigung aus. Im Nahen Osten betrug der Rückgang im Tourismus ca. 34% bis Jahresende 2001, was allerdings hauptsächlich durch die 2. Intifada und die Reaktion der israelischen Regierung bedingt war.

Es kam zu 65% der Annullierungen bei Reisen in die Karibik¹. Lediglich zu 15% waren die Hotels dort belegt. 25% der Bevölkerung hat in der Hotellerie und angeschlossenen Bereichen ihren Arbeitsplatz. Der Anteil des Tourismus am BSP betrug in der Karibik zwischen 13 % in Trinidad und Tobago und 69% in Ste. Lucie.

iii) Die Anschläge hatten unmittelbare Auswirkungen auch auf die Finanzmärkte, die Finanzdienstleister sowie das Transportgewerbe. Tausende verloren hier ihren Arbeitsplatz. Außerdem nahmen die ausländischen Direktinvestitionen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern stark ab. Es steht zu erwarten, dass sie sich künftig auf sicherere Regionen konzentrieren werden.

c) Die am meisten betroffenen Länder (-gruppen)

i) Türkei und Ägypten

In diesen Ländern ist ein erheblicher Einbruch der Volkswirtschaft zu verzeichnen gewesen. Auf die Volkswirtschaft der Türkei, durch den Kollaps des Finanzsektors stark angeschlagen, wirkte sich der Zinsanstieg aufgrund der hohen Staatsverschuldung (90% des BSP) sehr negativ aus. Die Einnahmen aus dem Tourismus gingen in Ägypten um 50% zurück. Die Einnahmen aus den Suez-Kanalgebühren sowie Auslandsinvestitionen waren ebenfalls stark betroffen.

ii) Mashrek-Länder und Israel

Hier können die Effekte wegen der gleichzeitigen Zunahme der Gewalt nur schwer herausgearbeitet werden.

iii) Maghreb-Länder

Diese Ländergruppe scheint die unmittelbaren Auswirkungen relativ gut verkraftet zu haben. Tunesien spielt wegen des Anschlags vom April 2002 auf eine Synagoge in Djerba eine Sonderrolle (Rückgang der Tourismuseinnahmen um 22%). Das Land hatte mit den Auswirkungen einer großen Dürre zu kämpfen. Marokko büßte kurzfristig ca. 15% seiner Tourismuseinnahmen ein, hat dies aber inzwischen wieder wettgemacht.

Die meisten Mittelmeeranrainerstaaten haben ihre Haushalts- und Außenbilanzpolitik rasch umgestellt.

iv) Lateinamerika

Diese Region wird die Auswirkungen aufgrund des krisengeschüttelten Finanzsektors einiger Länder der Region, aber auch wegen der Abhängigkeit von der US-amerikanischen Wirtschaft weiterhin stark verspüren. Die Weltbank nimmt einen Rückgang von 2000 auf 2001 um 3,2% auf 1% an. Der Währungsfond geht von 2,5% Rückgang aus.

2. Langfristige Folgen

Die OCDE weist in einem Bericht vom Juni 2002² über die wirtschaftlichen Folgen des Terrorismus auf die möglichen langfristigen Folgen der Anschläge hin, die sich in dreifacher Hinsicht auswirken könnten:

a) Transportkosten

Die Kosten des Seetransports wie auch der Luftfracht stiegen nur kurzfristig bis zu 10% an. Die Transportkosten dürften sich aber langfristig infolge zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen (insbesondere bei Luftfracht verderblicher Güter) verteuern und die Konkurrenzfähigkeit kleinerer Exportfirmen der EL könnte sich verschlechtern aufgrund administrativer Maßnahmen, die zu Verzögerungen bei der Abwicklung führen. Es ist auch mit erheblichen Verteuerungen aufgrund diskriminatorischer Maßnahmen (obligatorische Zertifizierung) bzgl. bestimmter als unsicher geltender Herkunftsorte zu rechnen. Einschließlich der Verzögerungen können Zollabwicklung und Sicherheitskontrollen in EL zwischen 5% und 13% des Warenwerts ausmachen. Insgesamt rechnen Industrieexperten mit einer 1% - 3% Verteuerung der Waren allein infolge zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen.

b) Tourismusindustrie

Die Angst vor weiteren Anschlägen hat nach der Welttourismusorganisation im Oktober 2001 zu 12%-15% Annullierungen gegenüber dem Vorjahr geführt. Die Lage hat sich noch nicht ganz entspannt. In den EL trägt der Tourismus ca. 2-3% zum BSP bei. Der Prozentsatz liegt in der Karibik, dem Südpazifik und einigen Ländern des Vorderen Orients sowie Nordafrika höher. Es wird mittelfristig mit erratischen Bewegungen gerechnet, wobei die bestimmenden Faktoren außerhalb der Kontrolle der nationalen Behörden sind.

c) Gastarbeiterüberweisungen

Die strengeren Kontrollbestimmungen bzgl. der Einreise verringern die Zahl der Fremdarbeiter in den Industrie- und Schwellenländern und damit auch die sog. Gastarbeiterüberweisungen, die in ihren Heimatländern eine wichtige Einkommensquelle darstellen und sogar die Einkünfte aus dem Export übersteigen. Dies trifft auf Zentralamerika, die Karibik, den Nahen Osten und Mittelmeerländer zu.

3. Weitere Auswirkungen

Die Konsumausgaben haben in den Mittelmeeranrainerstaaten abgenommen und die Spartätigkeit hat zugenommen, was zu einer weiteren Wachstumsabschwächung führte. Zahlen zu einer eventuellen weiteren Verringerung der ohnehin weltweit geringsten Rate an Auslandsinvestitionen (Zunahme von lediglich 1,5% bis 2,5% des BSP über ein Jahrzehnt) sind noch nicht verfügbar. Doch ist eine Abschwächung durchaus denkbar. An den Finanzmärkten mussten erheblich größere Risikoaufschläge hingenommen werden. Einige Länder werden vermehrt von ausländischer Finanzhilfe abhängig sein.

In zahlreichen muslimischen Ländern haben die Regierungen im Anschluss an die Anschläge vom 11. September gegenüber islamistischen Kreisen überaus hart reagiert. Viele Extremisten und Agitatoren, der Gefährdung der Staatssicherheit verdächtigt, wurden ins Gefängnis geworfen, Oppositionsparteien einer strengeren Kontrolle unterworfen und die Bürgerfreiheiten eingeschränkt. Wenn im großen und ganzen die Presse- und Medienfreiheit in den islamischen Ländern erhalten blieb, so sind nach einer Veröffentlichung des "Freedom House" vom März 2002, einige Fälle strengerer Bestimmungen bekannt, z.B. in Jordanien, wo nach einer Änderung des Strafgesetzbuchs Journalisten mit Gefängnis bedroht werden, wenn ihre Veröffentlichungen eine Gefahr für die nationale Einheit darstellen, das Volk aufhetzen oder den Ruf des Staats schädigen. Die Gefahr reaktionärer Tendenzen einiger arabischer Regierungen ist bei der Bekämpfung des Terrorismus nicht von der Hand zu weisen

Die Aufnahme von Studenten aus islamischen Ländern an westlichen Universitäten hat sich aufgrund strengerer Auslese verringert und ihre Überwachung in den Aufnahmeuniversitäten verstärkt. Dies hat unmittelbare Folgen für den Ausbildungsstand der Studierwilligen, bzw. führt möglicherweise zu einer Umorientierung und Abwendung von westlichen Ländern.

Inwieweit die Finanzierung der Entwicklungspolitik wegen der neuen Prioritätensetzung zurücksteht, ist eine hypothetische Frage. Die Konferenz von Monterrey vom 18. -22. März 2002 vermittelt den Eindruck, dass die Mehrheit der Geberländer sehr wohl erkannt hat, dass gerade angesichts der drohenden massiven Gefahren die Entwicklungspolitik verstärkt gefordert ist. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass Finanzmittel in Verteidigung und Sicherheit investiert werden, die woanders eingespart werden müssen.

"Die Koalition gegen den Terrorismus muss Hand in Hand gehen mit einer Koalition für die Entwicklung" (R. Prodi am 24.10.2001 vor dem Europäischen Parlament).

B. Folgen für die europäische Entwicklungspolitik

Die Frage nach den entwicklungspolitischen Folgerungen der Attentate vom 11. September 2001 auf das World Trade Center (WTC) in New York, auf das Pentagon und des verhinderten Anschlags auf das Weiße Haus in Washington, geht implizit von der Annahme aus, dass die Entwicklungspolitik die bestehenden Nachwirkungen abfedern und womöglich einen Beitrag zur Konfliktverhütung in Zukunft leisten kann.

Die Frage nach der Wirksamkeit der Entwicklungspolitik zu diesem Zweck setzt eine gründliche Auseinandersetzung mit den Urhebern der Anschläge, den Ursachen und Motiven sowie dem wirtschaftlichen, sozialen und geistig-kulturellem Umfeld besonders im arabisch-muslimischen Raum voraus. Diese Anschläge sind nur in einem größeren zeitlichen und inhaltlichen Gesamtzusammenhang erklärbar. Vorurteilslos muss auch die Rolle der westlichen Industriestaaten, vornehmlich der USA, in den internationalen Beziehungen untersucht werden. Insbesondere können hierbei die machtpolitischen und wirtschaftlichen Aspekte, vor allem die Erdölversorgung nicht ausgeklammert werden. Letztere spielt eine schicksalhafte Rolle für die Entwicklung der Lieferländer wie auch für die internationalen Beziehungen. Eine korrekte Analyse ist auch Voraussetzung für die Entscheidung über die Art der Folgerungen, die sich naturgemäß nicht auf die Entwicklungspolitik beschränken dürfen. Der Versuch die Gründe zu verstehen bedeutet indessen nicht, wie ein Bibelwort sagt, die Argumente des Gegners anzuerkennen.

I. Das internationale Umfeld nach den Anschlägen

Die Ereignisse vom 11. September 2001 haben die USA in ihrem Innersten getroffen und eine neue Ära in den internationalen Beziehungen eingeläutet. Die Anschläge stellen einen Höhepunkt einer langen Reihe noch andauernder Feindseligkeiten vornehmlich gegen amerikanische Bürger und Interessen dar. Der Anfang der Selbstmordattentate ist im Anschlag vom April 1983 auf die Beiruter Botschaft der USA mit 63 Toten zu sehen. Ihm folgte im Oktober 1983 ein Anschlag auf eine amerikanische Kaserne in Beirut mit 299 Toten.

a) der 11. September als bisheriger Höhepunkt anti-amerikanischer Anschläge

Als gesichert kann nunmehr gelten, dass die Anschläge von dem vom saudischen Regime ausgebürgerten Millionär Osama Bin Laden und seiner Umgebung, namentlich den Al-Qaida-Anhängern inspiriert und finanziert wurden. Ihn hatten die USA bereits als Urheber vorausgegangener Attentate auf ein Gebäude amerikanischer Militärberater in Saudi-Arabien am 13.11.1995, in Khobar, Saudi-Arabien am 25.6.1996 mit zahlreichen Toten und Verletzten sowie der Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in

Nairobi und Dar es-salam im August 1998 mit Hunderten von Toten und Tausenden Verletzten und auf den amerikanischen Zerstörer "USS-Cole" im Golf von Aden im Oktober 2000 vermutet.

b) Anschläge in anderen Ländern

Die Anschläge richteten sich nicht alleine gegen amerikanische Bürger und Interessen. Ab den 70er Jahren wurden mehrere Attentate in **Ägypten** von den Moslembrüdern und anderen Gruppierungen verübt, denen neben über 1200 Opfern vor allem unter den Touristen (z.B. Mord an 58 schweizerischen Touristen sowie vier Ägyptern in Luxor im Jahre 1997), auch der Staatspräsident Anwar al Sadat im Jahre 1981 zum Opfer fiel. Weitere Schauplätze sind **Algerien**, wo seit mehr als einem Jahrzehnt Zehntausende Zivilpersonen zumeist von islamistischen Gruppierungen (z.B. den GIA) umgebracht wurden und **Pakistan** im Mai 2002 (gegen französische U-Bootkonstrukteure) sowie **Indien** mit ihren meist interreligiösen Auseinandersetzungen und schließlich die **Philippinen**, wo eine kriminelle Bande islamischer Prägung (Abu Sayyaf) mit der Begründung jahrzehntelanger wirtschaftlicher Benachteiligung durch die Zentralregierung ihr Unwesen treibt (Menschenraub, Erpressung und Geiselmordung). In den 80er und 90er Jahren wurden mehrere Anschläge in **Paris** mit vielen Toten und Verletzten verübt. In jüngster Zeit (Dezember 2000) wurde ein geplanter Anschlag auf Straßburger Einrichtungen aufgedeckt. Im April 2002 wurde auf Djerba vermutlich von der Al-Quaida Organisation ein Brandanschlag auf die jüdische Synagoge verübt.

c) Reaktion der Weltgemeinschaft

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am darauffolgenden Tag, am 12. September, die Anschläge schärfstens verurteilt und in ihnen eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit gesehen. Gleichzeitig hat er seine Bereitschaft zur Bekämpfung des Terrorismus ausgedrückt. Am 28. September hat der Sicherheitsrat alle Staaten aufgefordert, ein detailliertes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Terrorismus umzusetzen.

Vom 27.-29. November 2001 fand eine Konferenz des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen unter Beteiligung der Weltbank und der Asien-Entwicklungsbank sowie der Kommission zur Festlegung des Bedarfs und der Prioritäten beim Wiederaufbau Afghanistans statt.

Die Regierungen fast aller, auch der islamisch geprägten Staaten, verurteilten die Anschläge in offiziellen Erklärungen. Den USA gelang es, eine weitgespannte internationale Koalition gegen den Terror zu bilden unter Einschluss zahlreicher islamischer Staaten, vornehmlich zur Beseitigung des Netzwerks der Al-Quaida und des sie unterstützenden Taliban-Regimes in Afghanistan, das zwischenzeitlich mit militärischen Mitteln beseitigt wurde.

Der Europäische Sondergipfel von **Brüssel** vom 21. September 2001 hat einen Aktionsplan für Initiativen auf folgenden Gebieten verabschiedet: Zusammenarbeit der

Polizei- und Justizbehörden, diplomatische Schritte, humanitäre Hilfe, Luftverkehrssicherheit, Wirtschaft und Finanzen und Notstandsmaßnahmen. Bedeutsam sind einerseits die Ablehnung jeglicher Gleichsetzung von Terrorismus mit der arabisch-muslimischen Welt und andererseits die Erklärung einer entschlossenen Bekämpfung des Terrorismus gemeinsam mit den USA.

Das Europäische Parlament hat am 4. Oktober 2001 in einer Resolution zum Europäischen Sondergipfel vom 21. September 2001 neben zahlreichen Forderungen hinsichtlich der inneren und äußeren Sicherheit, Zusammenarbeit der Justizbehörden und Wirtschaftsfragen seine Solidarität mit dem amerikanischen Volk und der amerikanischen Regierung zum Ausdruck gebracht³. Gleichzeitig wurden Schritte zu einem intensiveren politischen Dialog mit den potentiellen Ursprungsländern des Terrorismus angemahnt. Von besonderer Bedeutung sind die kategorische Verurteilung des Missbrauchs einer Religion für die Rechtfertigung mörderischer Handlungen sowie die Ablehnung der Überlegenheit einer Zivilisation aufgrund ihrer Religion.

Auf dem Europäischen Gipfel von **Gent** vom 19. Oktober 2001 wurden die Prioritäten bei der Umsetzung der auf dem Gebiet der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit beschlossenen Maßnahmen gesetzt und eine enge Zusammenarbeit mit den USA beschlossen. Insbesondere hat der Rat seine Unterstützung der am 7. Oktober begonnenen amerikanischen Militäroperationen in Afghanistan und ihre Vereinbarkeit mit der Charta der Vereinten Nationen im Hinblick auf die Weigerung des Taliban-Regimes, die Anführer der Al-Quaida als die für die Anschläge Verantwortlichen auszuliefern, betont. Der Rat hat umfangreiche humanitäre Hilfe und die Beteiligung der EU am Wiederaufbau Afghanistans zugesagt. Darüber hinaus wurden die Wiederaufnahme des Friedensprozesses im Nahen Osten und eine intensivere kulturelle Zusammenarbeit mit der arabisch-muslimischen Welt angemahnt, um ihre Gleichsetzung mit dem Terrorismus zu vermeiden.

Auf dem Europäischen Gipfel von **Laeken** am 14./15. Dezember 2001 wurde erneut ein Ende der Gewalt im Nahostkonflikt angemahnt und die Entsendung internationaler Truppen nach Afghanistan zur Wiederherstellung von Stabilität und Ordnung befürwortet. Ein Betrag von 360 Mio. Euro an humanitärer Hilfe wird zugesagt.

Zur Bildung der internationalen Koalition gegen den Terrorismus hat der amtierende Ratsvertreter im Anschluss an die Anschläge vom 11. September gemeinsam mit dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana und dem für die auswärtigen Beziehungen zuständigen Kommissar Christopher Patten, Pakistan, Saudi-Arabien, Iran, Ägypten, Syrien und, zusammen mit Präsident Prodi, weitere Länder des Nahen Ostens aufgesucht. Pakistan erhielt von der EU eine Zuwendung von 100 Mio Euro. Weitere Treffen fanden am Rande der UN-Vollversammlung vom 9.-15. November 2001 statt. Gleichzeitig entfaltete der für die Entwicklungspolitik zuständige Kommissar Poul Nielson eine intensive Reisetätigkeit.

d) Internationale Konferenzen

Im Anschluss an die Anschläge vom 11. September wurden überall in der Welt Konferenzen und Seminare über das Wesen des Islam und die Beziehungen zwischen dieser Religion bzw. seinen militanten Anhängern und der westlichen Zivilisation veranstaltet. Einige hiervon werden im folgenden genannt.

50 führende in der Konfliktprävention aktive Vertreterinnen von Frauenbewegungen trafen am 4. Dezember in Brüssel zu einer Konferenz mit afghanischen Frauen zusammen und forderten die Ersetzung des Taliban-Regimes durch eine demokratische, die Rechte der Frauen achtende Regierung.

Am 28. November 2001 fand ein Kolloquium arabischer Intellektueller in Kairo statt, das zur kritischen Lektüre der religiösen Texte auffordert. Die islamische Ideologie missbrauche die Religion zur Mobilisierung der Massen.

Am 19./20. Dez. 2001 fand eine Konferenz des "Interfaith Meeting" mit Beteiligung führender Vertreter des jüdischen, christlichen und islamischen Glaubens unter Vorsitz von Kommissionspräsident Romano Prodi und dem Ökumenischen Patriarchen Bartolomew in Brüssel statt, um die Rolle der Religionen beim Friedensprozess zu erörtern.

Am 12./13. Februar 2002 fand eine Zusammenkunft aller Außenminister der EU mit der Organisation der islamischen Konferenzen in Istanbul statt zur Bekräftigung des guten Einverständnisses zwischen den Zivilisationen.

Im April fand ein Treffen der Arabischen Liga in Beirut statt, das hauptsächlich den Nahostkonflikt und seine Folgen für die internationale Lage betraf.

Am 6./7. Juni vereinbarten die EU-Außenminister auf dem ASEM-Treffen (Asia-Europe Meeting) eine enge Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus

2. Ansätze zur Deutung der Anschläge

Seit dem 11. September wurden zahlreiche Deutungsversuche unternommen. Die Motive überlagern sich teilweise. Wichtig ist, dass die Planung bereits Jahre vorher begonnen hat, weswegen zur Deutung nicht allein die aktuelle politische Lage unmittelbar vor den Anschlägen herangezogen werden darf. Die Anschläge müssen im Zusammenhang mit einem verbreiteten Terrorismus islamischer Prägung und mit der bereits im Jahre 1993 versuchten Sprengung des WTC begonnenen Serie von Attentaten gesehen werden.

a) Amerikas Rolle und Auftreten in der Weltpolitik

Nachdem sich die Anschläge vornehmlich gegen amerikanische Bürger und Einrichtungen richteten, ist ein maßgebliches Motiv in dem Feindbild zu sehen, das die

Täter von den USA als wirtschaftlicher und vor allem militärischer Vormacht haben: Die Anschläge galten den Symbolen ihrer militärischen und wirtschaftlichen Macht.

- Die öffentliche Brandmarkung der USA als "großer Satan" durch das Revolutionsregime in Iran ab 1979 hat ein Feindbild geschaffen, das jahrzehntelang medienwirksam für die Weltöffentlichkeit von den schiitischen Machthabern in Teheran durch eine regelmäßige Mobilisierung der Massen wachgehalten wurde. Jahre zuvor bereits waren die USA wegen des Krieges in Vietnam und Interventionen in anderen Teilen der Welt vehement angegriffen worden.

- Erbitterung wegen der amerikanischen Präsenz und Rolle in Saudi-Arabien an den sog. heiligen Stätten, insbes. wegen der Verquickung der Verteidigung des Landes gegen eine irakische Invasion mit eigenen Erdölversorgungsinteressen, wobei die USA ein undemokratisches und unbeliebtes Regime schützen (von dem Bin Laden wegen Verwicklung in frühere Attentate verstoßen und auf amerikanisches Betreiben nach seiner Vertreibung aus dem Sudan nicht wieder aufgenommen worden war).

Das Motiv ist demnach in einem religiös verbrämten nationalistischen Widerstand gegen ausländische Einmischung zu sehen. Bezeichnenderweise prangert Bin Laden in einem Video die Erniedrigung der arabischen Welt seit 80 Jahren an, also seit der Aufteilung der arabischen Provinzen des sich auflösenden osmanischen Reichs auf die Mandatsmächte Großbritannien und Frankreich (sowie, bzgl. Palästinas, auf den Völkerbund) auf der Konferenz von San Remo vom 19.-26. April 1920.

In der Gegenwart stößt sich der arabische Nationalismus bei seinem Ziel einer gerechteren Verteilung der Petrodollareinnahmen an die Saudi-amerikanische Interessengemeinschaft (Schutz des Regimes gegen die Ölversorgung der USA). Gefährlich und widersprüchlich und damit politisch explosiv ist die amerikanische Unterstützung der Wahhabiten, die sich mit der Finanzierung islamistischer Gruppen in der ganzen Welt, unter Missachtung der Demokratisierungsbestrebungen auch in arabischen Ländern, im eigenen Land (einen zunehmend gefährdeten) Frieden erkaufen. Reformen zur Demokratisierung durch Förderung gemäßiger Kräfte sowie Investitionen in die Bildung der Bevölkerung können allein einen friedlichen und dauerhaften Interessenausgleich in der Region sichern, sind aber wohl nur um den Preis einer radikalen Abkehr vom absoluten Herrschaftsanspruch des wahhabitischen Königshauses zu erreichen. Langfristig wird das Doppelspiel, in das die Amerikaner aktiv durch Schutzgewährung, paradoxerweise aber auch als Opfer verwickelt sind, nicht durchzuhalten sein. Auch in diesem Fall mag sich erweisen, dass die USA aufgrund einer verfehlten, kurzfristigen Politik mit den Prioritäten der Stabilität und der Erdölversorgung gegen die Zeichen der Zeit auf ein konservatives Regime gesetzt haben. Das in letzter Zeit verstärkte Interesse der USA an einem Machtwechsel in Irak könnte durchaus mit dieser späten Erkenntnis zusammenhängen, dessen gewaltsame Herbeiführung sich indessen als weiterer verhängnisvoller Fehler erweisen könnte. Sosehr der irakische Diktator auch in arabischen Kreisen unbeliebt ist, würde eine gewaltsame amerikanische Intervention in Irak doch einen Solidarisierungseffekt gegen den Westen hervorrufen, der auch die Sicherheitsinteressen der EU berühren würde.

Vor dem Hintergrund eines weiterhin ungelösten Nahostkonflikts würden die arabischen Regierungen einem wohl schwer zu widerstehenden Druck ihrer Öffentlichkeit ausgesetzt.

- politisch-ideologisches Abrücken der Amerikaner vom Taliban-Regime, mit dem Bin Laden und seine Gefolgschaft eng verbunden waren, nach anfänglicher Unterstützung wegen amerikanischer Erdölinteressen (Pipeline durch Afghanistan). Bittere Ironie der Geschichte ist, dass es die USA, Pakistan und Saudi-Arabien waren, die islamistische Bewegungen mit Geld und Waffen im Kampf gegen die sowjetische Besatzungsmacht im Afghanistan-Krieg unterstützten, die dann keinen Unterschied mehr zwischen dem sowjetischen und dem amerikanischen "Satan" machten, solange beide Mächte als Eindringlinge empfunden wurden. Auch danach wurden die in pakistanischen Medressen erzogenen Integristen von den USA und Pakistan unterstützt. Die im Kampf gegen die Sowjets erprobten Kämpfer aus Tschetschenien, Pakistan, Jemen, Saudi-Arabien und dem Sudan trugen dann ihre Botschaft der Gewalt in ihre Heimatländer. Die GIA aus Algerien legen fortwährend ein blutiges Zeugnis ihrer Vergangenheit ab.

- dominierendes und als imperialistisch empfundenenes Auftreten der USA in der Golf-Region, an der sie wegen ihrer Ölversorgung ein nationales Interesse verkündet haben, das sie auch mit Waffengewalt verteidigen würden. Hierin wird eine unrechtmäßige Besitzergreifung gesehen, obwohl die Amerikaner sich auf ein Abkommen zwischen König Ibn Saud und Präsident F. Roosevelt von 1945 betreffend Öllieferungen berufen können. Das überragende Interesse der Industrieländer an der Ölversorgung aus der Golfregion wird von niemandem in Abrede gestellt, aber die Art des Machtgebrauchs durch die USA zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen wird kritisiert.

- die nicht unparteiische Rolle der USA im Nahost-Konflikt. Die Anschläge sind hiernach als Unterstützung der palästinensischen "Brüder" in ihrer 2. Intifada (Beginn Sept. 2000) zu sehen. Den Amerikanern wird in diesem Zusammenhang die selektive Durchsetzung des internationalen Rechts angekreidet. Die bittere Folge der Anschläge ist, dass Israel gemeinsam mit den USA nun eine härtere Gangart in der Auseinandersetzung mit den Palästinensern vor der Weltöffentlichkeit rechtfertigen konnten.

- die anhaltende Bombardierung irakischer Ziele wegen Nichteinhaltung der Flugverbotszonen sowie das im Sicherheitsrat weiterhin durchgesetzte, auch im Westen kritisierte Embargo gegen den Irak mit seinen verheerenden Auswirkungen auf die Ernährung und medizinische Versorgung insbesondere der kleinen Kinder. Starke Erbitterung und ein Gefühl der Erniedrigung hat die amerikanische Drohung, Irak ins Steinzeitalter zurückzubomben, hervorgerufen. In den Attacken auf das WTC wurde eine Replik auf die amerikanische Kriegsführung durch ferngesteuerte Waffen gesehen, die Tausende von Irakern töteten. Hinzukommt die anhaltender Kriegsdrohung gegen den Irak zur Stürzung des Regimes, das man zuvor nach dessen Angriffskrieg gegen Iran (1980-88) noch unterstützt hatte zur Eindämmung des als bedrohlich empfundenen expansiven schiitischen Regimes in Teheran.

b) allgemein zivilisatorische Gegensätze

- die Attentate sah man auch als verzweifelt Aufbäumen eines im Niedergang begriffenen radikalen Islam angesichts westlicher wirtschaftlicher und technologischer Überlegenheit, wie sie von den USA verkörpert und als provokativ empfunden wird; hiernach repräsentieren die arabisch-islamischen Länder eine rückständige Zivilisation, die mangels eigener zivilisatorischer Leistungen in der Gegenwart sich nur in der gewaltsamen und destruktiven Auseinandersetzung mit der vorherrschenden westlichen Kultur behaupten kann: Terrorismus als Abwehr gegen Fortschritts- und Modernisierungsdruck. Nach dieser These hat Bin Laden zur Legitimierung des Islam als universelle Macht die Weltmacht USA angreifen müssen, um auf diese Weise Beifall und Gefolgschaft in den islamischen Gesellschaften zu erhalten.

- Die islamistischen Bewegungen haben die Frustrationen und sozialen Forderungen zu ihrer Sache gemacht. Nachdem in vielen Ländern islamische Kräfte selbst an der Macht sind, kann die Opposition gegen sie nicht auf der religiös-kulturellen Ebene ausgetragen werden: einziges Ventil für Aggressionen sind daher die Industrieländer.

Die Frustration gründet sich auf der misslungenen Dekolonisierung, die weder Wohlstand noch Demokratie brachte und auf das Versagen des neoliberalen Wirtschaftssystems, das weite Massen von den Errungenschaften der Moderne ausschließt und die Gegensätze zwischen Arm und Reich noch verschärft. Es wurde dementsprechend auch versucht, die Anschläge als gerechten Krieg gegen den die Entwicklungsländer ausbeutenden Westen zu legitimieren. Dem steht nicht entgegen, dass 15 der 19 Attentäter Saudis aus der (aus-)gebildeten, nicht unvermögenden gesellschaftlichen Mittelschicht waren.

- nach einer anderen Sichtweise findet ein 'heiliger Krieg' der Gläubigen gegen die Ungläubigen zur Bekämpfung eines mit dem Islam nicht zu vereinbarenden Gesellschaftsmodells statt, das die Empfindungen der Moslems zutiefst verletzt (Rolle von Mann und Frau, Familienplanung, Rolle der Religion in Staat und Gesellschaft, Demokratieverständnis, Rechtswesen, Verschwendungssucht und sittliche Dekadenz einer kein Tabu anerkennenden Konsum- und 'Spaßgesellschaft', deren Gott das Geld ist). Ein derartiges Erscheinungsbild des Westens kann durchaus emotionale Motive wie Hass und Verachtung in einer Gesellschaft mit traditionellen Werten erzeugen. Wenn die Anschläge auch hauptsächlich gegen die amerikanische Regierung gerichtet sind, so betreffen sie doch ein bestimmtes Gesellschaftsmodell.

- Die Attentate des 11.9. sind zwar Terrorismus islamischer Prägung, es wird hierin jedoch auch eine Reaktion auf weltweite Fehlentwicklungen (Nationalismus, religiöser Fanatismus, Armut, Ungerechtigkeit und soziale Benachteiligung gesellschaftlicher Gruppen, Nord-Süd-Konflikt) gesehen. Darin erkenne man Vorboten künftiger Auseinandersetzungen, die in Form von Abgrenzungs- und Verteilungskämpfen zunächst innerhalb der Entwicklungs- bzw. Schwellenländer ausgetragen, aber auch in die westlichen Industriegesellschaften als die angeblich wahren Verursacher hineingetragen werden (vgl. den religiös bedingten Konflikt zwischen Moslems und Hindus in Indien sowie die Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir, wo

nationalistische und religiöse Bewegungen aufeinanderstoßen sowie die internen Konflikte in Sudan und Nigeria).

- in der islamischen Welt ist in der öffentlichen Meinung weit verbreitet, dass die Attentate nicht von Moslems begangen worden sein können, da sie nicht mit den Vorschriften des Koran (Verbot des Selbstmords und der Tötung Unschuldiger) zu vereinbaren seien. Es komme daher nur ein Komplott in Frage. Dem steht jedoch entgegen, dass die Attentäter überzeugte Moslems waren und aus ihren hinterlassenen Schriftstücken hervorgeht, dass sie möglichst viele Juden und Christen umbringen wollten. Freilich kann der Plan zu den Anschlägen insoweit nicht als für den Islam insgesamt repräsentativ gelten, als er im afghanisch-pakistanischen Zusammenhang (Radikalisierung durch die Kriegssituation) zu sehen ist.

-Huntingtons These vom Kampf der Kulturen richtet sich auf die potentielle Natur künftiger Konflikte und enthält Anregungen, wie eine solche Auseinandersetzung auch auf friedliche Weise ausgetragen werden kann. Huntington sieht seine These vom Zivilisationskrieg durch die Ereignisse des 11. Septembers bestätigt und warnt gleichzeitig vor der Globalisierung innerislamischer Konflikte mit dem Hinweis, dass die meisten islamischen Staaten von undemokratischen Regierungen beherrscht werden, während die Opposition jeweils fundamentalistisch geprägt ist. Nach den Äußerungen Bin Ladens nach den Anschlägen war seine Absicht, die Initialzündung für eben diese Auseinandersetzung zwischen den beiden Zivilisationen zu geben. Die Tatsache, dass es den USA gelungen ist, eine auch die arabisch-muslimische Welt einschließende Antiterrorkoalition zu bilden, muss der These Huntingtons nicht widersprechen.

Bei Abwägung aller Motive ist wohl der These zuzuneigen, dass die Attentate, entsprechend eigenem Bekunden der mutmaßlichen Urheber, Terrorismus islamischer Prägung sind und auf die religiös verbrämte Verfolgung realer politischer Ziele nämlich der Bekämpfung der USA wegen ihrer Vormachtstellung in der arabisch-islamischen Region zurückzuführen sind. Ein weiteres Ziel Bin Ladens war wohl, Gefolgschaft im arabisch-islamischen Raum für die islamische Sache zu gewinnen. Nochmals muss aber die verheerende Rolle herausgestellt werden, die amerikanische Geheimdienste im Zusammenwirken mit der pakistanischen Regierung über Jahre bei der Förderung der Militanz dieser Islamisten spielten.

3. Der Islam im Spannungsfeld zwischen Tradition und Modernität

a) Haltung der Religionsführer

Hohe Vertreter der beiden islamischen Hauptrichtungen, Mahomet Sayed Tantawi, Rektor der Großen Moschee Al-Azhar in Kairo für die Sunniten und Ali Khamenei, geistiger Führer der Schiiten in Iran, haben öffentlich und nachdrücklich die Anschläge des 11. Septembers verurteilt und keine Rechtfertigung durch den Koran anerkannt. Ersterer tat dies aber nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern mit der Begründung, Bin

Laden habe der islamischen Sache geschadet, den im Vordringen begriffenen Islam weltweit diskreditiert und ihm die Legitimation entzogen.

Vielfach wurde von Vertretern des Islam gesagt, dass die Täter nicht im Namen des Islam gehandelt haben. Um einen Dschihad könne es sich nicht handeln, da dieser nur von einer religiösen Autorität in einer Fatwa verkündet werden könne. Zudem gelte der heilige Krieg nur zur Verteidigung des eigenen Territoriums. Einige Koranstellen, wie die 9. Sure, Vers 29, die zur Verfolgung der 'Ungläubigen' auffordern, seien im historischen Kontext zu verstehen, als es dem Islam um Durchsetzung, Ausbreitung und Abgrenzung gegenüber dem Christentum ging. Das Konzept des gerechten Kriegs ist dem Christentum indessen nicht fremd, wie bei Augustinus nachzulesen ist⁴. Einige Meinungsführer hingegen, wie Omar Bakri, Sprecher der islamischen internationalen Bewegung und Maulana Salah Ahmed Naorani, Führer der Jamait-ulema-i-pakistan, haben die Anschläge öffentlich gebilligt.

b) Richtungsstreit und Modernisierung

Die islamische Welt ist nicht monolithisch: der Islam wird wie alle großen Religionen überall in der Welt unterschiedlich gelehrt und gelebt. Die verschiedenen Strömungen streiten heftig untereinander, wobei die Integristen den Koran und die Traditionen zu einer Ideologie der gewaltsamen Auseinandersetzung benutzen. Sie verweisen auch auf die 47. Sure, Vers 35: "...ladet sie (die Ungläubigen) nicht ein zum Frieden, während ihr die Oberhand habt".

In strenggläubigen Gegenden sind die traditionellen Werte, insbesondere das in seinem Strafkatalog nach westlichen Begriffen unmenschliche islamische Recht, die Scharia⁵, noch keineswegs von den Erkenntnissen der Aufklärung und Rationalität⁶ beeinflusst worden.

Die starken westlichen Einflüsse, vor allem ihre Demokratisierungsschübe, ein neues Verständnis von der Rolle des Staats, die Betonung der Menschenrechte, das westliche Ideal der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der ausgeprägte Individualismus haben in islamisch geprägten Staaten zu Konflikten, sogar zu einer Zerreißprobe geführt. Das Gefühl der kulturellen Vereinnahmung durch einen wirtschaftlich und technologisch überlegenen Westen musste, zumal angesichts schnell fortschreitender Globalisierung, zu einem Gefühl der Entfremdung, einer Art kulturellen Kolonialisierung und daher zu heftigen Widerstandsbewegungen führen. Gegenwärtig befindet sich der Islam in einer solchen Situation des Umbruchs, die auch in Europa z.B. zur Zeit von Reformation und Glaubenskriegen im 16./17. Jhdt. zu einer gewissen Radikalisierung geführt hat, so dass man von einer Verschiebung der Phasen in der zivilisatorischen Entwicklung sprechen kann. Der Islamismus erschüttert zunächst die muslimischen Staaten selbst und zunehmend wird auch in arabischen Staaten von einem Versagen des Islam als politische Bewegung gesprochen. (Bis auf Algerien haben die Islamisten in den letzten Jahren überall die Wahlen verloren.) Die Religion als identitätsstiftende Basis wird in Frage gestellt. Die als unausweichlich empfundene Notwendigkeit der Modernisierung bei gleichzeitiger Bindung an die Traditionen führt zu einem Konflikt innerhalb der

Individuen wie auch der Gesellschaft insgesamt. Dieser Konflikt, ebenso wie die drängenden sozialen Fragen können nur durch eine Öffnung des Islam gelöst werden. Ein ermutigendes Zeichen ist in der kürzlich erfolgten Verständigung der Konfliktparteien im Sudan auf eine Streichung der Scharia als Staatsreligion in der Verfassung zu sehen. Dies war ein ständiger Konfliktstoff für das friedliche Miteinander von Christen und Moslems.

Langfristig kann auf die Anpassungsfähigkeit des Islam gesetzt werden, wie die Säkularisierung in Europa auch erst nach und nach und in heftigem Widerstreit zu Vertretern der römisch-katholischen Kirche, die auf den Gebieten der Demokratie, der Menschenrechte und der Gleichstellung von Mann und Frau eine zweideutige Rolle gespielt haben, erkämpft werden musste. Diese Anpassung an die Moderne ist umso drängender und wahrscheinlicher, als das Netz der internationalen Beziehungen und des Austauschs enger wird. In diesem Zusammenhang wird auch auf die jüngeren Entwicklungen bzgl. der Demokratisierung in der Türkei verwiesen.

c) Versagen des Staates: Einfluss der Islamisten

Viele islamische Staaten befinden sich gegenwärtigen in einer schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation. Sie sind nicht in der Lage, die starke Bevölkerungszunahme wirtschaftlich und gesellschaftlich zu verkraften (Familienplanung findet wenig Akzeptanz in der Bevölkerung). Große Teile der Bevölkerung, vor allem die Jugendlichen, haben keine Lebensperspektive und keinen Anteil an den politischen Entscheidungsprozessen. Dominierende Religionsführer nutzen diese Situation aus und fordern den Staat heraus. Sie setzen den Islam als gesellschaftliches 'Bindemittel' zur Identitätsstiftung ein und treten mit ihren sehr aktiven islamischen Grundversorgungs- und Wohltätigkeitseinrichtungen überall dort ein, wo der Staat seine Aufgabe nicht (voll) erfüllt: zunächst religiöse Phänomene erhalten einen sozialen (und gesellschaftlich relevanten!) Inhalt. (Die Ausrichtung der religiösen Werke in den westlichen Industrieländern, die eine überaus große soziale Bedeutung haben, ist grundsätzlich anders: sie treten nicht in Konkurrenz zum Staat, sondern wirken komplementär.)

Damit werden gleichzeitig die aufkeimenden laizistischen Zivilgesellschaften verdrängt. Ziel der Islamisten ist, die Massen hinter sich zu scharen und aus einer sozialen Bewegung eine politische zu machen. Der Staat befindet sich angesichts seiner offensichtlichen Unfähigkeit und Korruption in einem beständigen Rechtfertigungszwang. Dieses Projekt ist 1979 in Iran geglückt. Es illustriert deutlich, dass es den Mullahs letztlich um ihren Machterhalt ging, den sie durch die Enteignungen des Shah, wie auch jetzt angesichts der Reform- und Demokratisierungsbestrebungen in Gefahr sehen.

Wenn Armut für sich gesehen auch kein Motiv für terroristische Akte ist, so ist die Manipulierbarkeit verelendeter und bildungsschwacher Massen durch geistig, religiös oder finanziell einflussreiche Kreise doch eine Erfahrungstatsache. Diese Erkenntnis stellt einen wichtigen Ansatzpunkt für entwicklungspolitische Maßnahmen dar. Die

Bevölkerung, die irrational handelnden, fanatischen und hasserfüllten Anführern folgt, die sich als Verteidiger islamischer Werte und Interessen ausgeben, kann nur mit einem erfolgreichen Programm zur Armutsbekämpfung und Bildung überzeugt werden.

Es wäre indessen ein schwerer Fehler, aus einer Modernisierung islamischer Staaten ohne weiteres auf eine Übernahme westlicher Kultur- und Wertvorstellungen zu schließen. Manche geistliche Führer ziehen die Islamisierung der Moderne einer Modernisierung des Islam vor: Modernisierung bedeutet eben nicht Verwestlichung. Ein ebenso verhängnisvoller Fehler ist es, autoritäre Regime zu stützen nur weil sie laizistisch, also nicht islamistisch sind.

4. Rolle des Islam in Schwarzafrika

a) zunehmender Einfluss des Islam

In Schwarzafrika sind mehrere islamische Strömungen im Widerstreit mit den gemäßigten Moslems. Jahrzehntlang herrschten die sog. Brüderschaften der Tidjanya, Mouriden oder der Quadrya oder anderer Gruppierungen unter dem Einfluss Nordafrikas bzw. der Golfregion vor. Verbindungen zu arabischen Moslems bestanden auf dieser Ebene und zwischen den Staatsorganen. Seit den siebziger Jahren ist die afrikanische Gesellschaft im Gefolge der Wirtschaftskrise, der Verarmung breiter Schichten und des Scheiterns staatlicher Macht nach westlichem Muster für den Islam, verbreitet durch Angehörige der Golfregion, Pakistans und Afghanistans aufgeschlossener geworden. In Nigeria ist eine zunehmende Radikalisierung festzustellen.

Integristische Bewegungen wie die Ibadou Rahmane und andere Moslembrüder haben viel Zulauf gefunden, nicht zuletzt weil sie den Gemäßigten Hörigkeit gegenüber dem Westen, Verrat am "wahren" Islam und seinen Werten sowie Vernachlässigung der armen Schichten vorwerfen. Nicht zu vergessen ist hier die finanzielle und logistische Unterstützung der iranischen Mullahs, mit der großzügige Sozialprogramme für die Armen finanziert werden. Aber auch die arabischen Herrscher der Golfregion könnten ein Interesse an einer kritischen Haltung gegenüber diesen von ihnen finanzierten Integristen haben, die sich einmal gegen sie selbst wenden könnten. Die traditionellen Moslemgemeinschaften blieben jedoch dank ihrer einflussreichen religiösen Chefs zunächst beherrschend.

Fundamentalismus erscheint vielen Moslems als willkommene Waffe gegen einen korrupten Staat und die von ihm mitgetragene kulturelle Überfremdung. Die Anschläge des 11. Septembers hatten für viele Afrikaner, die sich selbst tagtäglich mit einem undemokratischen, korrupten und gewalttätigen Staatsapparat auseinandersetzen müssen, der weder die bürgerlichen Grundfreiheiten achtet noch seiner Aufgabe der Daseinsvorsorge nachkommt und soziale Ungerechtigkeit duldet, den Charakter einer gerechten Selbstjustiz gegen eine rücksichtslos nur auf seine Eigeninteressen achtende Übermacht.

Afrikanische Regierungen lassen die Integristen gewähren aus Rücksicht auf die Bevölkerung, die von den muslimischen karitativen Werken (Moscheen, Schulen) dort profitiert, wo der Staat versagt, aber auch wegen der weitgehenden Freizügigkeit, mit der andere karitative Werke, wie z.B. christliche Organisationen arbeiten können. Dies gilt für Mali, Niger und Burkina Faso. Es ist auch ein zunehmender Strom afrikanischer Studenten Richtung Pakistan festzustellen, wo sie eine islamische Ausbildung bekommen.

b) Situation in einzelnen afrikanischen Ländern

Nach einer fast einmütigen offiziellen Verurteilung der Anschläge haben am 17. Okt 2001 etwa 30 afrikanische Staats- und Regierungschefs auf Initiative des senegalesischen Staatschefs Abdoulaye Wade einen "afrikanischen Pakt" gegen den Terrorismus" geschlossen, auch um die Isolierung des Kontinents überwinden zu helfen. Die öffentliche Meinung, besonders im Hinblick auf die amerikanische militärische Antwort in Afghanistan ist indessen keineswegs ungeteilt: die vornehmlich muslimische, für die Religionsbrüder oder sogar Bin Laden Stellung beziehende Bevölkerung in Nigeria, Niger, Senegal (zu 95% muslimisch), Sudan und Côte d'Ivoire hat ihre antiamerikanische Stimmung in öffentlichen Protesten kundgetan. Aber islamistischer Aktivismus ist in Senegal auf einzelne Vereinigungen beschränkt. Anfang der achtziger Jahren führte Gadhafis Einflussnahme in Senegal (wie auch in Gambia) zum Bruch diplomatischer Beziehungen.

In Niger gab es starke islamische Strömungen vor allem in den südlichen Provinzen nahe Nigeria, das einen starken Einfluss ausübt. Dort wird Bin Laden als Held gefeiert. Iraner und Pakistani eröffnen Gratiskoranschulen und Kliniken. Islamisten opponierten gegen die Familienplanung der Regierung. Nigrer sind großteils antiamerikanisch wegen des Kriegs in Afghanistan.

Aus Guinea-Bissau wurden Mitte Okt. 2001 fünf Pakistani wegen Staatsgefährdung ausgewiesen (die der Bruderschaft Hamadya, einer pakistanischen Sekte mit Sitz in London) angehörten. Diese Sekte hat in Guinea-Bissau schon 40 Moscheen und 20 Koranschulen gebaut und 60 Lehrer ausgebildet.

Aus Mali wurden Ende Okt 2001 40 Pakistani ausgewiesen wegen "zweifelhafter" Aktivitäten.

Im volkreichsten afrikanischen Staat Nigeria haben die Moslems Bin Laden öffentlich gefeiert. Besonders starke Gegensätze zwischen Christen und Moslems am 12./13. Oktober 2001 führten im Anschluss an Bombardierungen in Afghanistan zu Straßenkämpfen der Islamisten gegen die Armee in Kano und zu einer Jagd auf Christen. Es gab etwa 100 Tote. Diese Zusammenstöße sind indessen ethnisch-religiös-politisch geprägt, insofern mehrere Stämme um die Macht kämpfen. Christen gehören dem Stamm der Ibos und Yoruba aus Süden des Landes, Moslems aus Norden hingegen den Haoussa

Auswirkungen 11. September 2001 auf Entwicklungsländer und Folgen für die Entwicklungspolitik der EU

an. In 12 der 33 nigerianischen Provinzen wurde die Scharia eingeführt unter Verletzung der Verfassung. Seit 1999 gab es Tausende Tote wegen religiöser Streitigkeiten.

In Kamerun gibt es eine gering überwiegende christliche Mehrheit. Zusammenstöße gab es zwischen Tidjanya- Anhängern und wahhabitischen Fundamentalisten aus Saudi-Arabien, die ihre Sicht des Islam den Tidjanya aufzwingen wollen.

Bis 1996 hatte Bin Laden in Khartum nach dem Verlust seiner saudischen Staatsbürgerschaft Zuflucht gefunden und vom Sudan aus sein Netzwerk ausgebaut durch Finanzierung von Handelsorganisationen und muslimischen Vereinigungen (Implikation auch im Diamantenhandel mit Sierra-Leone). Der Sudan löst sich aus seiner Isolierung nach Entfernung Al Turabis von der Macht sowie Zulassung eines Mehrparteiensystems und der Pressefreiheit. Sudan hat sich vom Terrorismus losgesagt. Am 27.9.2001 hat der Sicherheitsrat in der Entschließung No. 1372 die Sanktionen gegen Sudan aufgehoben.

Gadhafi bewegt sich in die gleiche Richtung. 1994 hatte er bereits Interpol um die Festnahme Bin Ladens wegen Finanzierung libyscher Integristen gebeten.

Die Anschläge auf die amerikanischen Botschaften von Kenia und Tansania soll Bin Laden von Somalia aus organisiert haben, wo ihm das Fehlen staatlicher Strukturen entgegenkam.

5. Schlussfolgerungen aus den Attentaten

Die Attentate vom 11. September sind Ergebnis jahrelanger Vorbereitung seitens integristischer Moslems, die mit ihren Taten vordergründig ein Glaubensbekenntnis ablegen wollten, tatsächlich aber politisch motivierte Schläge gegen die USA als Vormacht und Repräsentant westlicher Kultur führen wollten. Die lange Vorbereitungszeit und die ausgefeilte Planung sprechen für abgrundtiefen Hass und Verachtung, die indessen von einem nicht unerheblichen Bevölkerungsteil in muslimischen Ländern geteilt werden.

Die Attentate haben die Verwundbarkeit unserer Gesellschaften gezeigt, die in bemerkenswertem Kontrast zur militärischen Überlegenheit insbesondere der USA steht, aber auch die gegenseitigen Abhängigkeiten internationaler Probleme und Interessen insbesondere in den Nord-Südbeziehungen und sollten Anlass geben zu einer selbstkritischen Beurteilung der eigenen Verantwortlichkeit. Diesem Prozess haben sich die Verantwortlichen der Industrieländer ebenso zu stellen wie die der EL.

Eine klare Analyse der tatsächlichen Ursachen sowie irrationalen und rationalen Motive ist zur wirksamen Bekämpfung des Terrors unerlässlich. Der Nahost-Konflikt und die Haltung der befreundeten Mächte beider Seiten können hierbei nicht ausgeklammert werden. Sodann ist auch der Zusammenhang zwischen den geostrategischen (machtpolitischen und wirtschaftlichen) Interessen der bedeutenden internationalen Akteure in der Golfregion, in Vorder- und Zentralasien und andererseits den

wiedererwachten nationalistischen und Autonomiebestrebungen von Völkern herzustellen, die nicht lediglich Spielball auf dem "grand échiquier" sein wollen.

Die hieraus entstandenen Spannungen können wohl nur in einer offenen, selbstkritischen und ernsthaften Auseinandersetzung abgebaut werden, an der die politischen und religiösen Führer der beteiligten Seiten aktiv mitwirken. Es handelt sich um einen langwierigen Prozess der Beseitigung von Vorurteilen und der Annäherung, in den die Gesellschaft insgesamt eingebunden werden muss und in dem die Medien eine entscheidend wichtige Rolle spielen. Über die Lösung der langfristigen Probleme darf die aktuelle Gefahr nicht übersehen werden, die zu einem sofortigen Handeln zwingt.

Terrorismus kann nicht geduldet werden. Es bedarf eines machtvollen Einsatzes des staatlichen Sicherheitsapparats bzw. des Militärs. Langfristig mehr Erfolg versprechend ist jedoch eine vorbeugende auf Konsens anstatt Konfrontation gerichtete Politik sowie die Unterstützung moderater Kräfte statt Ausgrenzung. Pluralismus und Multilateralismus in einer multipolaren Welt sind angesagt. Leitmotiv muss ein gerechter Interessenausgleich sein innerhalb der Gesellschaften und zwischen den Völkern. Es ist eine langfristig angelegte Politik angezeigt, die sich nicht nach den Interessen des Moments richtet.

6. Orientierungen für eine Antwort der EU auf den Terrorismus - Entwicklungspolitik versus militärische Antwort -

a) Anforderungen an eine militärische Antwort

Die EU muss sich darauf einstellen, dass solche Konflikte (die nicht allein in der islamischen Welt ihren Ursprung haben müssen) auch die scheinbar unbeteiligten Industrieländer direkt treffen und darüber hinaus auch den Weltfrieden bedrohen können. Die Globalisierung beschränkt sich nicht allein auf die wirtschaftlichen Beziehungen, sie wird ebenso bei der Entstehung und Ausbreitung von Konflikten wirksam. Die Ankündigung, mit aller Macht den Terrorismus ausrotten zu wollen, entspringt reinem Wunschdenken. Sie kann als Provokation aufgefasst werden und zu terroristischen Anschlägen geradezu ermuntern. Sollte eine militärische Antwort unumgänglich sein, muss dies zur Wahrung der Glaubwürdigkeit der Weltöffentlichkeit erklärt werden. Die Ziele müssen klar umrissen sein und die eingesetzten Mittel im vertretbaren Verhältnis zum angestrebten Zweck stehen. Nach Möglichkeit ist ein multilateraler Ansatz auf der Grundlage des Völkerrechts und der Regeln der Vereinten Nationen, anzustreben. Ein von den Vereinten Nationen nicht gedeckter Präventivschlag gegen das irakische Regime bringt angesichts der vorhersehbaren arabischen Solidarität gerade das Risiko mit sich, das es zu vermeiden gilt: den Kampf der Kulturen. Damit könnte der Westen in die von Bin Laden gestellte Falle gehen, als er womöglich mit den Anschlägen vom 11. September die Initialzündung für eine solche Auseinandersetzung geben wollte.

b) Grenzen der Solidarität der EU mit den USA

Die EU kommt nicht um eine Beantwortung der Frage herum, inwieweit sie, wiewohl selbst Zielscheibe des Terrorismus, die amerikanische Politik der vorwiegend militärischen Bekämpfung des Terrorismus mitzutragen bereit ist: in ihren Zielen und angewandten Mitteln. Die Tatsache, dass die Aufwendungen der USA für das Militär (1 Mrd. US \$ pro Tag,) im Vergleich zur Entwicklungspolitik (0,1% des BSP) in umgekehrtem Verhältnis zu den Ausgaben der EU-Staaten stehen, kennzeichnet die Lage. Die Amerikaner vertrauen auf ihre Stärke und weisen Kompromissbereitschaft als Schwäche und Erpressbarkeit zurück. Ihnen ist die europäische Haltung des 'appeasement', mit der die Europäer im letzten Jahrhundert nur schlechte Erfahrungen gemacht haben, verdächtig. Auch innerhalb der USA wurde eine heftige Debatte geführt, die sich auch in einem offenen Brief von 58 Intellektuellen im März 2002 zum gerechten Krieg und einem Antwortbrief vom April 2002 äußerte.

Nun ist Europa nicht zuletzt wegen seiner Dankesschuld für die Opfer der Amerikaner bei der Befreiung vom Naziterror zur Solidarität mit den Amerikanern aufgerufen. Die Solidarität ist schon im Hinblick auf die beschränkte europäische Verteidigungsfähigkeit im gegenwärtigen vitalen Interesse Europas: Sie muss aber dort ihre Grenzen haben, wo die Wertordnung der USA von der europäischen im Grundsätzlichen abweicht. Bei allem Respekt für eine Supermacht, die in voller Souveränität ihre Machtmittel einsetzt um ihre Interessen, vor allem die Sicherheit ihrer Bürger zu wahren: bei der Frage einer europäischen Beteiligung an Militäraktionen geht es letztlich um das Selbstverständnis der EU als freier Zusammenschluss von Staaten, die sich der Idee der friedlichen internationalen Zusammenarbeit unter Achtung der Menschenrechte und ethnischer und kultureller Unterschiede verschrieben haben und für die die Beachtung des Völkerrechts überaus wichtig ist.

Weder die USA noch die EU können aufeinander verzichten: die Bemühungen der USA um eine weltweite Koalition gegen den Terror waren ein überzeugender Beweis für die Notwendigkeit eines internationalen Konsenses und gemeinsamen Handelns. Die EU sollte geltend machen, dass in der heutigen weltpolitischen Situation sich auf Sendungsbewusstsein und militärische Übermacht gründender Unilateralismus nicht mehr tragbar ist. Er wird sich auf Dauer als ineffizient erweisen, weil zunehmend die internationale Legitimierung wichtig wird (was nicht mit Sympathie gleichzusetzen ist). Die Weltöffentlichkeit verfolgt aufmerksam die angelegten Wertmaßstäbe und die Glaubwürdigkeit. Leadership, das hiermit überzeugt, wird eher internationale Zustimmung finden. Im übrigen kann die EU durchaus eine eigenständige und komplementäre Rolle aufgrund ihrer internationalen Beziehungen, Kontakte und Einflussmöglichkeiten spielen. Nachdrücklich muss darauf hingewiesen werden, dass die amerikanischen und europäischen Sicherheitsinteressen mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Nahen Osten verknüpft sind.

c) Rolle und Gewicht der Entwicklungspolitik der EU bei der Konfliktverhütung

Der Idee der friedlichen internationalen Zusammenarbeit und Interessenausgleichs dient die europäische Entwicklungspolitik. Aufgrund des engen und vielschichtigen Kontakts auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft ist das spezifische Instrumentarium der Entwicklungspolitik besonders gut geeignet, Fehlentwicklungen und Konflikte zu erkennen und die Ursachen zu bekämpfen. Hier stehen Armutsbekämpfung und Verbesserung der Bildungschancen an erster Stelle, wenn auch nachdrücklich betont werden muss, dass Terrorismus nicht aus Armut allein entsteht. Extreme Armut kann allerdings zu Verzweiflung und Radikalisierung von Menschen beitragen, die nichts mehr zu verlieren haben. Sie räumt radikalen religiösen Führern bedeutende Einflussmöglichkeiten auf arme von sozialen Einrichtungen abhängige Bevölkerungsschichten ein. Ignoranz aufgrund mangelnder Bildung und Information sowie Desinformation in den Medien und Hasstiraden, wie sie auch in islamischen Gebetshäusern in Europa festgestellt wurden, bringen ebenfalls Extremismus hervor.

Erfolg kann freilich nur eine langfristig angelegte, kohärente und prinzipientreue Politik haben, die sich nicht allein am Freund- Feinddenken und am momentanen Nutzen orientiert. So dürfte es schwierig sein, außenpolitische Fehlentscheidungen, insbesondere wenn sie mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden, auf entwicklungspolitischem Wege zu heilen.

d) Notwendigkeit der Kohärenz der Politiken

Widersprüchlich und daher kontraproduktiv ist zum Beispiel, wenn der amerikanischen Entscheidung der Erhöhung der Entwicklungshilfe um 10 Mrd. \$ für 3 Jahre und eines Sonderprogramms für Afrika von ca. 3,4 Mrd. US\$ der Beschluss der Subventionierung des Agrarsektors in den nächsten 10 Jahren mit 180 Mrd. US\$ folgt und damit die Exportchancen der Entwicklungsländer empfindlich geschmälert werden. Dies geschah vor dem Hintergrund einer gewaltigen Aufstockung der Verteidigungsausgaben und der im Rahmen der WTO von den Industrieländern so lautstark befürworteten Marktöffnung zur Verstärkung des Welthandels. Auch die Haltung der USA zum Protokoll von Kyoto und zum internationalen Strafgerichtshof lassen das von einer Führungsmacht zu erwartende Maß an internationaler Solidarität vermissen. Andererseits sind bislang nur wenige Mitgliedstaaten der EU (Niederlande, Schweden, Luxemburg und Dänemark) dem Ziel, 0,7% des BSP der Entwicklungspolitik zu widmen, nachgekommen. Die Ergebnisse der Konferenz von Monterrey, Mexiko vom 18.-22. März 2002 über die Finanzierung der Entwicklungspolitik bedeuten nur sehr zögerliche Fortschritte.

Die Übermacht der USA ist auf ihre Militärmacht beschränkt - wirtschaftlich, und das wird langfristig zählen, hat die EU mehr Gewicht. Sie kann als weltweit bedeutendster Akteur auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit eine führende Rolle bei der Prävention künftiger Krisensituationen durch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse spielen und gleichzeitig als moderierende Kraft zum Abbau internationaler Spannungen wirken. Es kann z.B., vor allem im Hinblick auf das Misstrauen der palästinensischen

Seite, nicht dem Interesse eines gerechten und dauerhaften Friedensschlusses dienen, wenn die Vermittlungsbemühungen im Nahostkonflikt fast ausschließlich den Amerikanern überlassen bleiben, ohne dass die EU über die Finanzierung von Unterstützungsmaßnahmen hinaus ihr politisches Gewicht in die Waagschale wirft. Die Tatsache, dass sich Israel an die USA und die Araber vorzugsweise an die EU bzw. einige ihrer Mitgliedstaaten wenden, zeigt die Notwendigkeit einer moderierenden Rolle.

e) Entwicklungspolitik jenseits der Konfliktverhütung

In der gesamten Debatte über die Bekämpfung des Terrorismus und die Rechtfertigung von Kriegen oder sogar Präventivschlägen muss immer wieder betont werden, dass es bei dieser Auseinandersetzung um unser aller Freiheit geht. Es geht indessen nicht nur um die Freiheit der Wohlhabenden sondern auch um Gerechtigkeit und Freiheit für die Armen dieser Erde. Ihre Lebensbedingungen stellen für sie eine permanente Freiheitsberaubung und für die Industriestaaten eine ständige Herausforderung dar: nicht ohne innere Berechtigung klagen die Armen und Rechtlosen die reichen Industrieländer an, die die Mittel haben, ihr Schicksal zu ändern. Der Westen nimmt die Misere in den EL eher als Störfaktor seines von existentiellen Nöten meist freien Lebens wahr und erwacht erst durch plötzliche Ausbrüche statt langfristige Folgerungen zu ziehen. Daher kann die Reaktion auf die Anschläge nicht allein in einem harten militärischen Zurückschlagen bestehen, sie sollte zumindest ebenso nachdrücklich in der kulturellen Auseinandersetzung und entschlossener Entwicklungspolitik bestehen.

Die Attentate können nämlich auch als Symptom für die verzweifelte Lage der Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern gesehen werden, die auch ohne ein konkretes Bedrohungsszenario zu erhöhten Anstrengungen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit zwingt. Die Solidarisierung weiter Kreise in einigen EL mit den Attentätern legt hiervon Zeugnis ab. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen der technischen, finanziellen und kulturellen Zusammenarbeit kommt in Frage. Hierbei sind die Einstellung, insbesondere die Dialogbereitschaft und Achtung anderer Kulturen entscheidend für den dauerhaften Erfolg.

Es stehen verschiedene Wege offen:

- Bekämpfung der Armut durch Verbesserung der Grundversorgung auch hinsichtlich der Bildung,
- Durchsetzung der Menschenrechte und Demokratisierung, Herstellung gerechterer Verhältnisse durch einen international ausgewogenen Interessenausgleich.
- Intensivierung des politischen und interreligiösen Dialogs, Überwindung der gegenseitigen Vorurteile und Annäherung der Standpunkte zum Zweck eines friedlichen Nebeneinander der verschiedenen Religionen. Leitgedanke muss bei all dem die Wahrung der Menschenwürde sein.

f) Achtung fremder Kulturen als Voraussetzung der Zusammenarbeit

Eine auf diese Ziele ausgerichtete Entwicklungspolitik kann ohne das Zusammenwirken mit den Regierenden, den Religions- und Meinungsführern sowie mit der Bevölkerung keinen Erfolg haben. Diese Politik darf keine unzulässige Einmischung in deren innere Angelegenheiten sein. Dies verlangt Anerkennung und Achtung anderer Religionen und Zivilisationsformen sowie mehr Zurückhaltung und Bescheidenheit bei der Verbreitung eigener westlicher Errungenschaften auf technologischem und kulturellem Gebiet. Das westliche Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell beansprucht Weltgeltung quasi als Selbstverständlichkeit. Hier muss an das unglückselige Wort eines europäischen Regierungschefs über die angebliche kulturelle Überlegenheit des Westens erinnert werden. Diese Äußerung hat zu Recht einen Sturm der Entrüstung in arabisch-islamischen Ländern hervorgerufen. So ist es auch ein Fehler, eigene Maßstäbe bei der Beurteilung anderer Zivilisationsformen anzulegen. Dies umso mehr, als bedeutende wissenschaftliche und politische Strömungen erhebliche Bedenken zu zahlreichen Politikbereichen und zivilisatorischen Entwicklungen westlicher Länder äußern. Wieweit sich westliche Wissenschaft in ihrer Selbstherrlichkeit versteigen kann, zeigt die These von Fukuyama in seinem Werk "Das Ende der Geschichte", wonach die liberale Demokratie und Marktwirtschaft gleichsam als Endpunkt der Entwicklung der Evolution der Gesellschaft zu sehen sei. Diese These konnte keinen Bestand haben. Davon abgesehen würde sie (nicht allein) den islamischen Ländern in der Gegenwart keinen Raum für einen eigenen positiven Beitrag zur Entwicklung lassen.

g) Notwendigkeit der Selbstkritik und Neuorientierung

Bei der Ausrichtung der europäischen Entwicklungspolitik muss das Bild beachtet werden, das die westliche Zivilisation mit all ihren Exzessen bei ihrem Konsum, ihrem Materialismus, der schrankenlosen Kommerzialisierung und mit ihrer Dekadenz traditionellen Gesellschaften bietet. Wenn auch die fast grenzenlose Forschung Grundlage der auch von der islamischen Welt geschätzten Technologie ist, berührt die sie kennzeichnende Hybris, mit der die letzten Lebensgeheimnisse insbesondere in der Genetik aufgespürt und manipuliert werden, dennoch das sittliche Empfinden auch nichtreligiöser Menschen und erschüttert ihren Glauben an die Wertordnung des Westens. Der in den westlichen Gesellschaften weitgehend tolerierte permanente Tabubruch wird von traditionell geprägten Gesellschaften als Provokation empfunden und führt zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit. Hierdurch werden noch mehr als durch den Gegensatz von Arm und Reich unüberbrückbare Gegensätze geschaffen. Die gegen Salman Rushdie ausgesprochene Fatwa ist in ihrem materiellen Gehalt strikt abzulehnen, sie darf jedoch als Zeichen für Verletzungen bestimmter religiöser Tabus und damit für ein Überschreiten der Toleranzgrenze nicht übersehen werden. Mit welcher Berechtigung können die Industrieländer schließlich auf der Achtung universeller Rechte durch die EL beharren, wenn z.B. alle 7 Sekunden ein Kind in den EL verhungert, obwohl die Industrieländer die Mittel hätten, dies zu verhindern?

Die Anschläge vom 11. September sowie die zahlreichen gegenwärtigen Konfliktsituationen sollten daher zum Anlass genommen werden für eine

Selbstbesinnung und eine selbstkritische Betrachtung aller Beteiligten sowie zu einer intensiven geistig-kulturellen Auseinandersetzung mit den Inhalten und der Praxis der großen Weltreligionen sowie anderer Zivilisationsformen. Freiheit hat keinen Preis und dennoch wird in der westlichen Welt zu wenig die gegenseitige Bedingung von Freiheit und Verpflichtung hervorgehoben. Es sollten die Grundlagen einer allgemein verbindlichen Ethik über die bestehenden internationalen Abkommen hinaus erarbeitet werden. Es ist der Moment gekommen, die Inhalte des Guten und Bösen zu bestimmen, wenn Präsident George W. Bush von der Achse des Bösen spricht. Hierbei könnte sich herausstellen, dass es leichter ist, das Böse zu lokalisieren als das Gute und es könnte sich ebenfalls zeigen, dass nicht alles, was für die USA gut ist, auch für die übrige Welt gut ist. Ein solches Vorgehen dürfte eher geeignet sein, die Probleme zu lösen, als andere Länder in gute und böse einzuteilen und nur die Waffen sprechen zu lassen.

Es ist auch zu bedenken dass die bei uns lebenden Moslems ihre Eindrücke nach Hause senden und so zu dem Bild beitragen, das sich ihre Angehörigen von unseren Lebensverhältnissen und der Behandlung unserer Mitmenschen, also auch von unserer Wertordnung machen. In Frankreich leben 5,2 Mio. eingewanderte Moslems. In Deutschland sind es 2,5 Mio., gefolgt von Großbritannien mit 1,5 Millionen. Insgesamt leben fast 11 Millionen Moslems in der EU. Diese Erkenntnis kann nicht ohne Folgerungen für die Innenpolitik der Mitgliedstaaten EU sowie deren Asyl- und Einwanderungspolitik bleiben. Eine Befragung des Eurobarometers vom April 2002 hat ergeben, dass 83% der Bevölkerung eine Verbesserung der Beziehungen zu den Moslems für unerlässlich bzw. notwendig hält.

Das bedeutet natürlich nicht nur eine Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes, sondern ein Überdenken unserer politischen Ziele und der hierbei beschrittenen Wege. Durchaus sollten aber auch vermehrt unsere geistigen Errungenschaften und Erkenntnisse sowie die wiederbelebte Spiritualität und die Suche unserer Jugend nach Idealen herausgestellt werden. Verdient der selbstlose Einsatz der 300 Feuerwehrleute, die, ihrer Dienstpflicht getreu, zur Rettung anderer ihr Leben opferten, nicht stärker hervorgehoben zu werden? Sollte man diese Haltung nicht der rein destruktiven der Attentäter gegenüberstellen? Außerdem sollten Gemeinsamkeiten mit anderen Kulturen gesucht werden, statt Gegensätze herauszuarbeiten. Dies gilt insbesondere für die Medien in ihrer Berichterstattung, die außerdem ihrer Rolle der Information und Bildung mehr Aufmerksamkeit schenken sollten als dem Sensationellen oder der Verbreitung von Klischees. Es handelt sich auch nicht um eine "Globalisierung der europäischen Wertvorstellungen", wie die Kommission dies in ihrer Mitteilung zur europäischen Entwicklungspolitik⁷ darstellte. Andersdenkende sollten nicht verunglimpft werden und man sollte keine Feindbilder schaffen. Dies ist z.B. der Fall, wenn Titel von Fernsehsendungen den Kampf gegen den Terrorismus mit dem Krieg gegen den Islam gleichsetzen.

7. Verhältnis der Außen- und Sicherheitspolitik zur Entwicklungspolitik

Die vorliegende Untersuchung bewegt sich im Rahmen der Entwicklungspolitik. Ganz offensichtlich können indessen die Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere hinsichtlich ihrer militärischen und Bündnis-Komponente, aber auch die Außenwirtschaftspolitik einen weitaus bedeutenderen Einfluss haben auf unsere Beziehungen zu Drittstaaten, vor allem im Konfliktfall. Die systematische Zerstörung der auch mit EU-Mitteln aufgebauten Infrastruktur in den Palästinensergebieten legen ein sprechendes Zeugnis hiervon ab. Die Möglichkeiten der Entwicklungspolitik sind daher bedingt durch einen geeigneten außen- und sicherheitspolitischen Rahmen.

Die traditionelle Zielsetzung unterscheidet sich und es werden unterschiedliche Signale ausgesendet, was augenfällig in dem gleichzeitigen Abwurf von Bomben und humanitären Hilfssendungen in Afghanistan durch die Amerikaner zum Ausdruck kam. Über diesen Einzelfall hinaus scheinen die jüngsten Ereignisse das Bewusstsein aller dafür geweckt zu haben, dass Inkohärenz und eine unzureichende Koordinierung zwischen beiden Ressorts zu einem widersprüchlichen Erscheinungsbild in den Außenbeziehungen zu Lasten der Entwicklungspolitik führen kann und auch die Sicherheitslage bei Vernachlässigung entwicklungspolitischer Aspekte sich verschlechtern kann. Daher hat ein erweiterter Sicherheitsbegriff unter Einbeziehung der sozio-ökonomischen Verhältnisse potentieller Unruheherde zu gelten.

Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner Stellungnahme zum Bericht Gemelli⁸ auf die Notwendigkeit einer engeren Verschränkung beider Politiken hingewiesen und die Bedeutung der Beziehungen zwischen Entwicklungshilfe, Konfliktverhütung und Schutz der Menschenrechte und damit die Notwendigkeit einer größeren Kohärenz hervorgehoben. In diesem Sinne war die Entscheidung richtig, mit Iran in Verhandlungen über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit einzutreten. Weitere Schritte dieser Art sollten in Richtung Pakistan, Indien, Saudi-Arabien und die Golfstaaten getan werden.

Vor diesem Hintergrund muss auch der Beschluss des Europäischen Rats von Sevilla vom 21./22. Juni 2002 betreffend die Struktur und die Arbeitsweise des Rats gesehen werden. Hiermit wurde ein Ratsgremium für Allgemeine Angelegenheiten und Auswärtige Beziehungen geschaffen, das in unterschiedlichen Sitzungen einerseits administrative, institutionelle und Querschnittsfragen und getrennt hiervon den gesamten Fächer der Außenbeziehungen der EU, also die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, den Außenhandel, die Entwicklungspolitik und die humanitäre Hilfe behandelt. Auch im Europäischen Parlament gibt es ähnliche Bestrebungen. Dies ist nicht lediglich eine Verfahrensfrage, wie dies von verschiedenen Regierungen dargestellt wurde. Art. 3 des Vertrags über die Europäische Union weist der Entwicklungspolitik im Rahmen der Außenpolitik immerhin eine eigenständige Rolle zu. Die Fusion der Zuständigkeiten in einem Gremium bringt das Risiko der Unterordnung und sogar Vernachlässigung entwicklungspolitischer Anliegen mit sich. Es besteht die Gefahr, dass die EL gewissermaßen ihren Anwalt im wichtigsten europäischen Entscheidungsgremium verlieren. Gerade hinsichtlich der Transparenz steht zu befürchten, dass nicht mehr klar

wird, in wieweit entwicklungspolitische Gesichtspunkte vom Rat bei einer außenpolitische Aktion berücksichtigt wurden. Die jüngsten Entwicklungen haben sehr deutlich die Wichtigkeit einer eigenständigen, stetigen und langfristig angelegten Entwicklungspolitik gezeigt. Gerade im Hinblick auf die Anschläge vom 11. September wird zu Recht betont, dass der wahre Kampf der Unterentwicklung, der Armut und dem Bildungs- und Ausbildungsrückstand zu gelten habe.

8. Folgerungen für die Entwicklungspolitik der EU

Unabhängig davon, ob man angesichts des Zusammenhangs der Anschläge mit den vorangegangenen von einem spezifisch islamistischen Bedrohungsszenario ausgeht oder sie als Vorboten einer allgemein zunehmenden Gewaltbereitschaft und Radikalisierung aufgrund der sich öffnenden Schere zwischen Nord und Süd sieht, können verstärkte Anstrengungen bei der Entwicklungszusammenarbeit zu einem Abbau der Spannungen beitragen, wenn auch die Verhinderung terroristischer Anschläge ernsthaft nicht erwartet werden kann. Aber Armut, Verzweiflung und Ignoranz sind der ideale Nährboden für Diktatoren und Terroristen. Daher geht es darum, den Menschen die Perspektive eines menschenwürdigen Lebens zu geben und so den weltweit arbeitenden terroristischen Netzwerken eine möglichst geringe Basis in "anfälligen" Ländern zu geben sowie ihnen Gefolgschaft und Legitimität zu entziehen. Dies ist wegen der Ignoranz der Menschen, wegen ihrer Armut und Korruptierbarkeit angesichts der den Terroristen zur Verfügung stehenden immensen Finanzmitteln aus Drogen, Waffenhandel, Erpressung und Geldwäsche freilich ein schwieriges Unterfangen.

Hinsichtlich einer spezifisch islamistischen Bedrohung sind Fortschritte auf den Gebieten Demokratisierung, Menschenrechte, Pressefreiheit und Bildung entscheidend. Selbstverständlich kann die EU hier nur unterstützend und in dem Masse tätig werden, in dem die betreffenden Länder sich bei ihrem Modernisierungsprozess öffnen. Jedenfalls sollten die Anstrengungen an mehreren 'Fronten' gleichzeitig unternommen werden.

Selbstverständlich müssen die speziell auf die Konfliktprävention gerichteten Schritte der EU unter Berücksichtigung der Resolutionen der UNO, insbesondere seines Sicherheitsrats erfolgen, wie auch die Entwicklungspolitik im allgemeinen in Partnerschaft und Abstimmung mit den internationalen Organisationen und großen Gebern durchzuführen ist⁹. In diesen Gremien sollte die EU auch vernehmlicher und mit einer Stimme sprechen.

Zum Erfolg der mit großem Getöse angekündigten und aufwändig durchgeführten Konferenzen der Vereinten Nationen ist im übrigen festzustellen, dass das Ergebnis in keinem Verhältnis zu den vorher gemachten Versprechungen der Mitgliedstaaten, insbesondere finanzieller Art, steht und den berechtigten Forderungen der EL nicht gerecht wird. Die in den letzten Jahren verabschiedeten Aktionspläne benötigen Jahrzehnte zur Umsetzung und stellen eine trügerische Hoffnung für die hier und jetzt leidenden Menschen dar.

a) Mittelmeeranrainerstaaten

Hinsichtlich der Beziehungen zu den Mittelmeeranrainerstaaten mit ihrer hauptsächlich muslimischen Bevölkerung, stellt die 1995 mit dem sog. Barcelona-Prozess begonnene engere Zusammenarbeit der EU mit 12 Mittelmeerländern¹⁰ entsprechend der Erklärung von Barcelona vom 27./28. Nov. 1995 den Rahmen für eine umfassende partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebene dar für Frieden und Stabilität, Wohlstand und die Annäherung der Völker. Ziel ist die Schaffung einer Freihandelszone bis spätestens 2010 mit einem Gemeinsamen Markt für Waren, Kapital und Dienstleistungen.

Grundlage und wichtigstes Finanzierungsinstrument des Barcelona-Prozesses ist das MEDA- Programm, dessen finanzieller Rahmen sich für den Zeitraum 2000 - 2006 auf 5,55 Mrd. Euros beläuft. Das Programm als solches ist hervorragend geeignet, Wege zur Wahrung der Menschenrechte, Demokratisierung und der Konfliktprävention aufzuzeigen. Insgesamt wird in der Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses zum Bericht Valdivielso de Cué¹¹ beklagt, dass die kulturellen und sozialen Aspekte des MEDA-Programms bislang zu kurz gekommen sind (wie z.B. Austausch und Treffen von Vertretern der Zivilgesellschaft der südlichen Mittelmeerländer und der EU sowie Förderung der Netzwerke). Insbesondere der interkulturelle Dialog muss verstärkt intensiviert werden¹².

Auf der Europa-Mittelmeerkonferenz von Valencia vom 22./23. April 2002 wurde ein Aktionsplan angenommen, der den Ereignissen des 11. Septembers und dem Nahostkonflikt voll Rechnung trägt. Die Beschlüsse betrafen folgende Themen:

- Verstärkung des politischen Dialogs auch über Verteidigungsfragen und Menschenrechte
- Bekenntnis zu den Menschenrechten, Demokratie und rechtsstaatlicher Ordnung
- Beteiligung aller Regierungen und der Zivilgesellschaft an der Förderung der sozialen, kulturellen und menschlichen Dimension der Partnerschaft
- Notwendigkeit der Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Kulturen und Zivilisationen
- Absage an eine militärische Lösung des Nahostkonflikts und Befürwortung der Aufgabe der Besetzung der 1967 von Israel annektierten Gebiete und Gründung eines unabhängigen demokratischen palästinensischen Staates.

b) Vorbehalt kultureller und traditioneller Unterschiede

Die Barcelona-Erklärung hat programmatischen Charakter, sie ist nicht rechtlich verbindlich - das Recht eines jeden Landes, sein politisches, sozio-kulturelles, Wirtschafts- und Rechtssystem frei zu wählen, wird ausdrücklich anerkannt. Die Impulse

der EU vermochten bislang nicht, die internen politischen Verhältnisse auf dem Gebiet der Demokratie und der Menschenrechte merklich zu verbessern, von der gravierenden innenpolitischen Situation Algeriens, vor allem aber vom Nahostkonflikt ganz abgesehen. Ein politischer wie sozio-ökonomischer Systemwandel nach dem Beispiel der industrialisierten Staaten erscheint den maßgebenden politischen bzw. religiösen Führern und Teilen der Bevölkerung derzeit nicht opportun. Reformbestrebungen stoßen nicht zuletzt wegen starker islamisch-fundamentalistischer Opposition an ihre Grenzen. Es geht hier um das Selbstverständnis islamischer Staaten. In einem Teil von ihnen wird politische Macht religiös legitimiert. Dies wird besonders in Iran deutlich, wo Seyed Ali Khamenei als geistlicher Führer die oberste politische Richtlinienkompetenz und die staatlichen Machtbefugnisse innehat. Islamische Überzeugungen und Konzepte durchdringen das gesamte öffentliche und private Leben. Eine grundlegend andere Einstellung zu islamischen Grundfragen, insbesondere die Frage der Anwendung der Scharia und eine eventuelle Loslösung politischer Fragen von religiösen, moralischen und transzendentalen, also eine Säkularisierung, die nach der herrschenden Lehre als unvereinbar mit dem Koran gilt, muss also dem internen Modernisierungsprozess überlassen werden. Dies schließt jedoch eine begleitende behutsame Unterstützung z.B. durch Stärkung der Zivilgesellschaft im Rahmen von EU-Förderungsprogrammen nicht aus. Reformen sind umso eher zu erwarten, als sie bei der internen Auseinandersetzung der gesellschaftlichen Kräfte heranreifen. Ein solcher endogener Modernisierungsdruck ist zumal bei der Jugend in Iran stark ausgeprägt. Ermutigende Entwicklungen sind in der Türkei, einem islamisch geprägten Land zu beobachten, wo kürzlich die Verhängung der Todesstrafe in Friedenszeiten gesetzlich abgeschafft wurde. Außerdem wurden Minderheitenrechte und das Recht der Meinungsfreiheit anerkannt sowie das Versammlungs- und Vereinsrecht reformiert. Hier dürften die von der EU gestellten Bedingungen an eine Beitrittskandidatur der Türkei ausschlaggebend gewesen sein. Die Politik der aus den jüngsten Parlamentswahlen hervorgegangenen gemäßigten islamischen Regierung sowie die Umsetzung der Gesetze in die Verwaltungspraxis bleiben abzuwarten. Die Gesetzesreformen bedeuten jedoch eine historisch einzustufende Demokratisierung wichtiger Bereiche des öffentlichen Lebens. Sie könnten ein Beispiel geben für Reformen in anderen islamischen Ländern. Die Geschichte der Türkei zeigt deutlich, welches Beharrungsvermögen alte religiöse Traditionen und Vorstellungen dem staatlich (von der von Atatürk im Jahre 1924 inspirierten Verfassung) verordneten Laizismus entgegensetzen.

c) Einfluss des Nahostkonflikts

Ein weiteres Hindernis lässt das MEDA-Programm nicht zur vollen Entfaltung kommen: der israelisch-palästinensische Konflikt überschattet die regionale Zusammenarbeit mit den 12 Partnerländern. Die wirtschaftliche Entwicklung wird stark durch den konfliktbedingten Rüstungswettlauf behindert und die Spannungen führen zu einer regionalen Bedrohungssituation, deren Auswirkungen auch unmittelbar in Europa zu spüren sind und durch "muslimische" Solidaritätsbezeugungen in Gestalt antiisraelischer Ausschreitungen vor allem in Frankreich noch verstärkt werden. Zudem wird die Haltung der EU im Nahostkonflikt, zumal im Vergleich zu den Standpunkten einzelner Mitgliedstaaten von den meisten arabischen Partnern als nicht eindeutig wahrgenommen.

Vor einer Lösung des Konflikts kann das Programm seine volle Wirkung hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Ziele der Barcelona-Erklärung nicht entfalten.

Meinungsführer der arabischen Welt vertreten sogar die Ansicht, dass der Westen vor einer Lösung des Nahostkonflikts überhaupt nur einen sehr beschränkten Einfluss auf die öffentliche Meinung in den arabischen Ländern haben kann. Wegen des herrschenden Misstrauens und der ungewissen politischen Lage werden auch die rein kulturellen Ziele und die Annäherung der Völker infrage gestellt. Umso mehr muss beklagt werden, dass überhaupt keine offizielle Initiative zur Annäherung der israelischen und palästinensischen Bevölkerung trotz hierfür geeigneter Programme ergriffen wurde. Gerade im Gefolge des Oslo-Friedensprozesses wäre dies dringend notwendig gewesen und hätte zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und einer Entschärfung der Lage beigetragen.

d) Übrige Regionen und Länder

Was die übrigen Entwicklungsländer angeht, gelten das Abkommen von Cotonou vom 23. Juni 2000 bzw. andere Abkommen betreffend die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern Asiens und Lateinamerikas. Ziele und Wege der Entwicklungszusammenarbeit mit 77 Ländern Afrikas, der Karibik und Asiens sind im Abkommen von Cotonou umfassend geregelt. Auf die großen islamischen Bevölkerungsanteile in einigen Ländern Afrikas südlich der Sahara sowie Teilen Asiens und die daraus folgenden spezifisch religiös bedingten Rücksichtnahmen ist hinzuweisen.

9) Einzelne Politikbereiche

a) Demokratie, Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und 'good governance'

Die Unverzichtbarkeit von Demokratie und Achtung der Menschenrechte für Frieden und Stabilität, sowie erträgliche soziale und wirtschaftliche Verhältnisse als Grundlage für ein menschenwürdiges Dasein wurde bereits herausgestellt. Nur eine funktionierende Demokratie kann als Barriere gegen den sozialen Ausschluss benachteiligter Schichten wirken, was angesichts der gerade in den EL besonders spürbaren Auswirkungen der Globalisierung besonders wichtig ist. Mit Besorgnis muss zur Kenntnis genommen werden, dass sich bereits Widerstand seitens einiger afrikanischer Regierungen gegen die im NEPAD enthaltenen Klauseln betreffend die "good governance" (also der verantwortungsvollen Staatsführung) mit dem Hinweis auf seine Unvereinbarkeit mit afrikanischen Traditionen regt. Es sollte doch davon ausgehen sein, dass es keine spezifisch afrikanische Kultur der Korruption und Mittelverschwendung gibt. Für die entwicklungspolitischen Anstrengungen ist indessen wichtig festzuhalten, dass das dem Demokratiedanken zugrundeliegende Ziel der Gerechtigkeit ebenso für die zwischenstaatlichen Beziehungen wie innerhalb der Länder gilt. Beachtung verdient hingegen eine von Vertretern der Zivilgesellschaft am 19. Juli 2002 verbreitete Protestschrift gegen den zu stark "top-down" orientierten, auf externe Geber aufbauenden und die bisherige von Afrikanern selbst geleistete Entwicklungsarbeit ignorierenden Grundtenor von NEPAD.

Um die Bedeutung dieses Themas für die Beziehungen der EU mit Drittländern herauszustellen, wurde ein eigener Haushaltstitel, "Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte", Titel B 7-70 mit 104 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen für 2002 eingerichtet.

Außerdem schlägt das Parlament im Bericht Diez Gonzalez¹³ die Aufstellung eines interinstitutionellen Verhaltenskodex auf dem Gebiet der Menschenrechte bzgl. der Außenbeziehungen vor. Am Rande soll hier angemerkt werden, dass nicht wenige Afrikaner wie auch Menschen anderer Weltregionen etwas befremdet sein mögen über die Anspruch der Europäer auf universelle Anerkennung der von ihnen propagierten Demokratie und Menschenrechte. Waren es doch die Europäer, die zur Kolonialzeit die Menschen weltweit unterdrückt, versklavt und ausgebeutet hatten. Schließlich ist auch darauf hinzuweisen, dass die Wertvorstellungen zwischen entfernten Weltregionen durchaus übereinstimmen mögen, nur stellen sich die Prioritäten aus sozioökonomischer Sicht anders dar.

Die Kommission hat in ihrer Mitteilung vom 8.5.2001 über die Rolle der EU bei der Förderung der Menschenrechte und der Demokratisierung in Drittländern¹⁴ dieses Ziel zur Verbesserung von Effizienz und Kohärenz der einzelnen Politikbereiche in den Mittelpunkt der Gesamtstrategie der EU in ihren Außenbeziehungen gerückt. Gleichzeitig wird auch die 'good governance' integraler Bestandteil der neuen Entwicklungspolitik. Auch diese Forderung ist wesentlicher Teil eines jeden Assoziierungsabkommens u.a. mit den MEDA-Ländern.

Die EU sollte mit Bezug auf die unterzeichneten Abkommen bei allen Treffen mit den politisch Verantwortlichen das Thema der Demokratie und Menschenrechte ansprechen und auf ihre Einhaltung dringen. Dies sollte Vorrang haben vor wirtschaftlichen und Handelsinteressen. Zweideutigkeit und zweierlei Maß machen die EU unglaubwürdig. Im Bericht Diez Gonzalez¹⁵ fordert das EP im Rahmen des zu schaffenden interinstitutionellen Verhaltenskodex eine sofortige Suspendierung der Beziehungen (ausgenommen die humanitäre Hilfe), wenn Staaten den Terrorismus fördern. Eine enge Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen (Sicherheitsrat, Menschenrechtskommission) ist angezeigt.

Besonderes Augenmerk sollte gerichtet werden auf

- Aufbau der rechtsstaatlicher Institutionen
- Ächtung inhumaner Strafen wie Steinigung und Amputationen (Anwendung der Scharia)
- die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Familie und im öffentlichen Leben; Frauenbewegungen gibt es in den meisten islamischen Ländern. Die Folgen der Unterdrückung ihrer Rechte und die Dringlichkeit ihrer Förderung zeigte sich besonders deutlich in Afghanistan.

- Förderung der Zivilgesellschaft, insbes. gesetzlicher Schutz politischer Vereinigungen als Motor demokratischer Bestrebungen

-Sensibilisierung für das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft, Bekämpfung des Rassismus. Dies ist auch Teil der Konfliktprävention.

b) Konfliktverhütung

Konfliktprävention hat eine überaus große Bedeutung, da sie eine friedenssichernde Wirkung hat und darüber hinaus Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit der Entwicklungsarbeit ist. In nicht weniger als 17 AKP-Ländern gibt es derzeit blutige Konflikte. In 13 islamischen Ländern bzw. Regionen treiben bewaffnete extremistische Banden ihr Unwesen¹⁶.

Prävention ist eine Aufgabe sowohl der Außen- und Sicherheits- wie auch der Entwicklungspolitik. Um es gleich vorwegzunehmen: die beste Konfliktprävention ist eine erfolgreiche Entwicklungspolitik. Zu Recht hat Kommissar Christopher Patten in einer Ansprache vom 4. Dezember 2001 im Schwedischen Institut für Internationale Beziehungen darauf hingewiesen, dass die Vorstellung einer friedlichen Koexistenz zwischen einer reichen und einer armen Welt am 11. September zusammen mit den New Yorkern Zwillingstürmen untergegangen ist. Dies trete nirgends so klar zutage wie bei Ländern, in denen die staatliche Ordnung unterentwickelt oder zusammengebrochen ist: in einigen Fällen müsse man statt vom staatlich unterstützten Terrorismus sogar von einem vom Terrorismus gestützten Staat sprechen. Die internationale Gemeinschaft könne daher nicht die Augen verschließen vor den politischen, wirtschaftlichen und humanitären Desastern der Welt.

Im Anschluss an die Beschlüsse des Europäischen Rats von Göteborg vom 15. und 16. Juni 2001 hat das Parlament im Bericht Lagendijk¹⁷ Stellung genommen. Konfliktprävention ist als Querschnittsaufgabe aller Gemeinschaftspolitiken anzusehen, weshalb alle bedeutenden Gemeinschaftsbeschlüsse insbesondere bzgl. der Handelspolitik zuvor auf ihre Konflikträchtigkeit untersucht werden müssen. In diesem Zusammenhang ist auch die destabilisierende Wirkung der Programme des IWF und der Weltbank zu nennen, die häufig zu abrupt und ohne Rücksicht auf soziale Abfederung Strukturanpassungsmaßnahmen durchgesetzt haben. Eine frühzeitige Einschaltung des Währungsfonds würde eine weniger rigorose Haushalts- und Finanzpolitik ermöglichen. Die Kommission wird ersucht, in möglichst großem Umfang die auf das Entstehen von Konflikten hindeutenden Informationen zu verwerten. Eine sorgfältige Analyse der Ursachen des Terrorismus wird vom Entwicklungsausschuss eigens im Hinblick auf die Ereignisse des 11. Septembers angemahnt.

Höchst unterschiedliche Vorgänge und Situationen, die meist auf schwach ausgebildeten demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen beruhen, sind bei der Konfliktprävention zu bedenken: wie z.B. latente ethnisch-religiöse Spannungen oder grenzübergreifende militante nationalistische Bestrebungen, massiver Wahlbetrug,

gewaltsame Unterdrückung von Minderheiten, soziale Ungerechtigkeit, Zerstörung der Umwelt und Lebensgrundlagen, Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen und Bodenschätze (Diamanten) sowie organisierte Kriminalität, Waffen- und Drogenhandel. Sehr wichtig für die Erzielung dauerhafter Stabilität sind Entwaffnung und Integration ehemaliger Rebellen in das gesellschaftliche Leben und die Rehabilitierung der Infrastruktur und Wirtschaftsgrundlagen. Nach Beendigung von Konflikten ist auf eine abschließende, dauerhafte und gerechte Regelung zu achten, um ein erneutes Aufflammen zu vermeiden. Die Entwicklungspolitik muss auch darauf gerichtet sein, die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, Drittstaaten und den internationalen Organisationen mit dem Ziel der Konfliktprävention zu intensivieren. Die internen Krisenpräventionskapazitäten in den EL, also die Kräfte der inneren Ordnung und Sicherheit sind zur Wahrung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Verhältnisse zu stärken. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang die NRO und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, insbesondere der Frauenbewegungen¹⁸ und friedensorientierten Vereinigungen. Insbesondere hat das Parlament neben der Bedeutung der Außen- und Sicherheitspolitik die Rolle der Entwicklungspolitik, der humanitären Hilfe, der Aufrechterhaltung der internen Rechtsordnung und Verwaltung sowie des interethnischen Dialogs bei der Konfliktprävention betont. Dementsprechend sind Sicherheit und Solidarität mit den EL, also Bekämpfung der Armut und Aufbau demokratischer Verhältnisse untrennbar miteinander verbunden. Letztlich würde ein besseres Gleichgewicht zwischen den militärischen und den entwicklungspolitischen Ausgaben den Bedarf an den ersteren stark verringern. Im Jahre 2001 gaben die USA für das Militär 310 Mrd. US\$ aus, die EU mit 144 Mrd. weniger als die Hälfte davon. In der islamischen Welt wurden dafür etwa 74 Mrd. verausgabt.

Das Parlament fordert im Bericht Lagendijk nochmals die Aufstellung eines Europäischen Zivilkorps zur Schlichtung von Streitigkeiten, Verbreitung objektiver Informationen, Vertrauensbildung, Überwachung der Menschenrechtssituation und Bildung.

In diesem Zusammenhang muss auch die stabilisierende Wirkung der humanitären Hilfe im Katastrophen- und Dringlichkeitsfall genannt werden¹⁹. Diese Hilfe kann durchaus den Charakter einer Konfliktprävention annehmen, wenn es darum geht, Verteilungskämpfe unter entwurzelten Bevölkerungsgruppen zu vermeiden. Ein aktuelles Beispiel ist die von ECHO dem Amt für humanitäre Hilfe, dem nach den USA zweitgrößten Geber von humanitärer Hilfe in Afghanistan derzeit dort geleistete Arbeit (seit 1991 über € 500 Mio.) Hierzu kann ECHO einen sehr nützlichen Beitrag leisten, der in Anbetracht der zunehmenden Anzahl von Katastrophen und ihres wachsenden Umfangs unentbehrlich ist. Mandat und Rolle von ECHO wurden unter Abgrenzung von anderen außenpolitischen Instrumenten der Gemeinschaft auf die unmittelbare Rettung von Menschenleben konzentriert.

c) Reduzierung der Armut

Die Armutsbekämpfung ist vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik der EU²⁰. Fortschritte der EU bei der Armutsbekämpfung in den EL werden gerade im Hinblick auf die weltweiten Konflikte und die Notwendigkeit eines gerechten Interessenausgleichs, das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der EU verbessern und damit auch das Mitspracherecht der EU bei der Konfliktlösung festigen.

Auf der Konferenz in Monterrey, Mexiko ("Monterrey-Konsens") über die Finanzierung der Entwicklungspolitik vom 18. - 22. März 2002 hat die Gemeinschaft sich verpflichtet, zur Reduzierung der Armut, zur dauerhaften Entwicklung und zu Erreichung der Ziele der "Millennium 2000" Erklärung der Vereinten Nationen vom 8. September 2000 zusätzliche Beiträge an öffentlicher Entwicklungshilfe von zumindest 20 Mrd. US\$ bis zum Jahre 2006 zu leisten²¹. Damit soll der Gemeinschaftsdurchschnitt von 0,33% des BSP an durchschnittlicher öffentlicher Entwicklungshilfe im Jahre 2002 für alle einzelnen Mitgliedstaaten als Mindestgröße gelten, womit der Gemeinschaftsdurchschnitt ab dem Jahr 2006 auf 0,39% des BSP angehoben würde. Die Resolution des EP vom 25.4.2002 über die Finanzierung der Entwicklungshilfe fordert die EU jedoch auf, darüber hinaus einen verbindlichen Zeitrahmen für die Erreichung des Ziels von 0,7% festzulegen.

Trotz unstreitiger Fortschritte der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Lebenserwartung, der Verringerung der Kindersterblichkeit und der Armut sind infolge zahlreicher Ursachen wie z.B. kriegerische Konflikte, Umweltzerstörung und Ressourcenverschwendung minimale Lebensbedingungen für einen Großteil der Weltbevölkerung noch nicht erreicht : 1,5 Mrd. Menschen müssen mit weniger als 1 \$ pro Tag auskommen; 800 Millionen Menschen leiden an ständiger Unter- und Mangelernährung, 40% der Weltbevölkerung leiden an Malaria und an Aids sterben allein in Afrika jährlich 2 Mio. Menschen. Das Einkommen der 20% Reichsten ist fast 90 mal höher als der 20% Ärmsten. Hinzukommt das bedrohliche Trinkwasserversorgungsproblem, von dem in etwa 20 Jahren 2/3 der Weltbevölkerung betroffen sein werden. Ein schwerwiegender Faktor ist die das normale Wirtschaftswachstum übersteigende Bevölkerungszunahme. Hier können die Verantwortlichen der Entwicklungsländer einen Beitrag durch Förderung der Familienplanung leisten. In islamischen Staaten (durchschnittlich 4,2% gegenüber 1,3% in den Industriestaaten) wird ein Umdenken der Bevölkerung indessen nur allmählich erreichbar sein.

Extreme Armut verletzt das fundamentale Recht des Menschen auf ein Leben in Würde und ist nicht mit wahrer Demokratie vereinbar. Armut und soziale Ungerechtigkeit können außerdem zur Radikalisierung und "Legitimierung" extremistischer Kräfte beitragen. Nach dem erweiterten Sicherheitsbegriff ist die Verbesserung der sozio-ökonomischen Verhältnisse folgerichtig auch ein Anliegen der Sicherheitspolitik.

Armut hat vielfältige Ursachen und Erscheinungsformen. Sie bedeutet nicht lediglich unzureichendes Einkommen. Von zentraler Bedeutung ist die Ernährungssicherheit. Der erweiterte Armutsbegriff umfasst außerdem den fehlenden Zugang zur Bildung,

kultivierbarem Grund und Boden und zu Kredit, Dienstleistungen und Infrastruktur wie auch fehlende politischer Teilhabe.

Für Afrika wurde am 9. Juli 2002, dem Tag der Gründung der Afrikanischen Union das NEPAD (New Partnership for Africa's Development), eine Initiative mehrerer afrikanischer Staatschefs (der südafrikanischen Republik, Nigerias und Algeriens) zur sozio-ökonomischen Entwicklung Afrikas ins Leben gerufen, womit u.a. die Prinzipien der Demokratie, der "good governance" und der Achtung der Menschenrechte bei der Entwicklung des afrikanischen Kontinents zur Geltung gebracht werden sollen. Die Leitidee der Initiatoren war die Erkenntnis, dass Afrika bislang den externen Entwicklungsvorschlägen keine eigene Vision entgegenzusetzen konnte und daher Entwicklungsprojekte, mangels Übernahme und "Aneignung" durch die Bevölkerung scheitern mussten. Positiv ist zu vermerken, dass im Jahre 2001 17 afrikanische Länder Wirtschaftswachstumsraten von mehr als 5% hatten.

Bislang fühlen sich die Menschen in den EL als Verlierer des Globalisierungsprozesses: der harte Konkurrenzkampf einerseits und die protektionistischen Maßnahmen auf der anderen Seite lassen sie, vor allem in Perioden rückläufiger Nachfrage nach Rohstoffen, keine Vorteile aus einem Prozess ziehen, der infolge seines vom Prinzip her beschleunigten Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs an sich auch den EL zum Vorteil gereichen könnte.

Verschiedene Instrumente stehen zur Armutsbekämpfung zur Verfügung:

- Der politische Dialog zur Beratung und Neuausrichtung der internen Anstrengungen der EL, die technische und finanzielle Entwicklungszusammenarbeit. Verstärkt ist darauf zu achten, dass sich die Projekte in den örtlichen sozio-ökonomischen Rahmen einpassen und vor allem die kulturellen Traditionen berücksichtigen, um eine weitgehende Annahme durch die Bevölkerung zu gewährleisten, wie dies vom NEPAD-Programm geplant ist.

- Weiteres Instrument ist der Handel, der eine weitaus wichtigere Rolle für die Entwicklung spielt, als ihr gegenwärtig eingeräumt wird. Der Entwicklungsausschuß hat im Bericht Deva²² seine Forderungen erhoben für ein Handelssystem zur Förderung von Wirtschaftswachstum zur Reduzierung der Armut, Beschäftigung und dauerhafter Entwicklung²³. Hierbei hat es vor allem die bestehenden Handelsschranken, Marktzugangsbedingungen und Wettbewerbsverzerrenden Praktiken der Industrieländer angeprangert. Gleichzeitig hat es auf die führende Rolle der EU im internationalen Handel und damit die Möglichkeiten Einflussnahme der EU hingewiesen

Noch immer nehmen die industrialisierten Länder jedoch den Entwicklungsländer mehr durch protektionistische Maßnahmen als sie ihnen an Entwicklungshilfe gewähren. Ähnlich verhält es sich mit der Behandlung der Schulden: für viele Länder hat die Schuldensituation zu einer Inversion der Kapitalströme geführt. Im Rahmen des HIPC-Programms zur Schuldenreduzierung ist die Bekämpfung der Armut zwar zu einer

Konditionalität erklärt worden, weiterhin wird den Schuldnerländern jedoch zuviel Kapital entzogen, das sie zu Investitionen zur Entwicklung dringend benötigen. Erfreulich ist der bedeutende Schuldenabbau der arabischen Länder im 5-Jahreszeitraum bis 2000: von 160 Mrd. US \$ auf 144 Mrd. US\$, also 50% des BSP. Die externe Verschuldung der afrikanischen Länder sank im Jahre 2001 gegenüber dem Vorjahr von 310 Mrd. US\$ auf 215 Mrd.!

- Gesundheitsfürsorge gehört neben Ernährungssicherheit und Zugang zu Bildungseinrichtungen zur Grundversorgung der Menschen. Die Kommission hat in ihrer Mitteilung zur Gesundheit und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern vom 22. März 2002²⁴ auf den engen Zusammenhang hingewiesen.

d) Maßnahmen der Bildung und Ausbildung

Investitionen in die menschlichen Ressourcen sind ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung. Eine Vernachlässigung dieser Erkenntnis führt unweigerlich zum Rückschritt: sozio-ökonomische Stagnation, "brain drain" und Isolierung im internationalen Wettbewerb sind die Folge. Bildung und Ausbildung haben eine grundlegende Bedeutung für die Heranbildung der Persönlichkeit und damit die Würde des Menschen wie auch den Aufbau seiner Lebensgrundlage. Damit sind sie unentbehrlich bei der Bekämpfung der Armut²⁵. Die Bildung hat indessen auch spezifische Bedeutung bei der Konfliktprevention und bei der Anfälligkeit für extremistische Beeinflussung, indem sie das Urteilsvermögen der Menschen schärft. Erfahrungsgemäß ist die Mischung aus fehlender Demokratie, Armut und Ignoranz hochexplosiv. Dem steht nicht entgegen, dass die militanten Anführer meist hochintelligent und gebildet sind, denn sie manipulieren und missbrauchen in zynischer, menschenverachtenden Weise gerade ungebildete und gutgläubige Menschen als Werkzeuge. Nicht ohne Schaudern hat seinerzeit die Weltöffentlichkeit auf einem Video Bin Ladens vernommen, dass keineswegs alle Tatbeteiligten über den wahren Plan der Anschläge auf das WTC informiert waren und damit ebenfalls Opfer seiner Mordlust wurden. Ohne eine relativ große Anzahl willfähriger und doch ignoranter Krimineller hätte er sein Vorhaben nicht durchführen können.

Die auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung noch zu leistende Entwicklungsarbeit ist gewaltig aber auch lohnend. Auch auf diesem Sektor ist in vielen EL einiges erreicht worden. Die Berichte der Vereinten Nationen über die Entwicklung der menschlichen Ressourcen zeigen jedoch, dass die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichend sind. Hierzu hat die demographische Entwicklung in arabisch-islamischen Ländern und in afrikanischen Ländern südlich der Sahara stark beigetragen. Die Zahl der Kinder ohne Schulbildung wird im subsaharischen Afrika weiterhin zunehmen auf mehr als 50 Mio. bis 2005.

Andererseits zeigt der von arabischen Wissenschaftlern erstellte "Arab Human Development Report" 2000 des UNDP, dass in den arabischen Ländern (22 Länder vom Maghreb bis zur Golfregion, etwa 280 Mio. Menschen) die Alphabetisierung Erwachsener Fortschritte gemacht hat (Verdoppelung bei den Männern und

Verdreifachung bei den Frauen in den vergangenen 15 Jahren). Insgesamt jedoch hat die Alphabetisierung der Erwachsenen im Durchschnitt der arabischen Länder per 12/98 nur knapp 60% erreicht, wobei Ägypten und Irak bei etwa 54%, Algerien bei 66%, Marokko aber nur bei 47% liegen. Schlusslicht ist Mauretanien mit nur 41%. Über die Besetzten Gebiete gibt es keine Angaben. Zur verhältnismäßig niedrigen Rate von 75% in Saudi-Arabien tragen hauptsächlich die Fremdarbeiter bei.

Noch viel bleibt daher zu tun, damit alle vollen Anteil am politischen, sozialen, Wirtschafts- und Arbeitsleben haben können. Die erzielte Breitenwirkung ging häufig zu Lasten der Qualität. Auf dem Gebiet der **Produktion** von Hochtechnologie und technologischer Innovation stehen die OECD-Länder fast allein. Lediglich einige muslimische Länder wie z.B. Saudi-Arabien, die Golfstaaten, Tunesien, Iran, Syrien, Ägypten, Algerien und Indonesien **nutzen** die Hochtechnologie intensiv. Malaysia wird als potentieller Leader auf diesem Gebiet vom UN-Bericht zur menschlichen Entwicklung (2001) eingestuft und das Technologie-Zentrum Al Ghazala in Tunesien wird im unteren Bereich bewertet. Im Jahre 2000 waren in den OECD-Ländern 83% der Bevölkerung Internet-Benutzer, in den arabischen Ländern waren es lediglich 0,6%, im südlichen Afrika nur 0,4%.

Hier stellt sich die Frage, ob für gewisse arabische Herrscher die Heranbildung mündiger Bürger überhaupt ein erwünschtes Ziel ist, oder ob der Machterhalt ihnen nicht eher gewährleistet erscheint, wenn die Bevölkerung in der Ignoranz gehalten wird. Sind die überaus zahlreichen von ihnen finanzierten Koranschulen geeignet, den Menschen in einer sich im Sturmschritt modernisierenden Welt zurechtzufinden? Fürchtet man die emanzipierende Wirkung der Bildung? Wäre nicht die Stabilität der Regime langfristig besser gesichert, wenn für die Demokratisierung der Gesellschaft in einer in allen Wissensbereichen bildenden Schule die Grundlagen bereitet würden? Eine sachliche Unterrichtung muss gewährleistet sein. Die Gemeinschaft finanzierte das nützliche Bildungsprogramm der UNRWA im Jahre 2001 mit 36 Mio. ECU²⁶.

10) Interkultureller Dialog

a) Notwendigkeit des interkulturellen Dialogs

Die Weltkonferenz in Durban vom 29. August bis 8. September 2001 über Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenhass und Intoleranz war soeben zuende gegangen (freilich mit einem antiisraelischen Eklat), als die Ereignisse des 11. Septembers der Weltöffentlichkeit schockartig vor Augen geführt haben, mit welcher Macht die seit langem schon bestehenden Spannungen zwischen Teilen der islamischen Welt und der westlichen Zivilisation, verstärkt durch Aktionen gewaltbereiter arabisch-muslimischer Extremisten, sich nicht nur in den jeweiligen arabischen Ländern im Kontakt mit der westlichen Zivilisation entladen, sondern mitten in der westlichen Gesellschaft zum Ausbruch kommen können.

Der hier hervorbrechende Hass und Vernichtungswille geht zum Teil auf objektive Gegebenheiten zurück, die indessen keinen Rechtfertigungsgrund darstellen,

wesentlichen Anteil hieran haben aber auch Divergenzen, die auf dem Mangel an Information und Verständnis für die andere Kultur beruhen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit eines intensivierten interkulturellen Dialogs, der bei der zu erwartenden langfristigen Auseinandersetzung eine Beseitigung der Missverständnisse auf friedlichem Weg ermöglicht. Dies entspricht auch dem Selbstverständnis der EU. Aufgrund seiner Geschichte und kulturellen Vielfalt sowie angesichts des starken muslimischen Bevölkerungsanteils in einigen Mitgliedstaaten kann die EU ein 'atout' ins Spiel bringen das in der Differenzierung und Subtilität, im Einfühlungsvermögen in fremde Kulturen und in ihrer historischen und zivilisatorischen Betrachtung und Annäherung liegt.

b) Rolle der EU

Robert Schuman hat in seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 bereits von der Schaffung einer materiellen und spirituellen Solidarität gesprochen. Hierauf sollte sich die EU besinnen, wenn es um internationalen Ausgleich und unterschiedliche Kulturen geht. Ebenso wenig wie Europa im Inneren einen "Kampf der Kulturen" zulassen kann - ist die EU nicht ein Beispiel einer gelungenen Integration verschiedener Kulturen? -, kann sie eine Spaltung der Welt aufgrund kultureller Unterschiede dulden. Indem sie sich für einen interkulturellen Dialog und eine pluralistische internationale Ordnung einsetzt, in der Menschenrechte und Demokratie nicht wirtschaftlichem oder kurzfristigem politischem Kalkül untergeordnet sind, kann die EU ihre gegenwärtige Sinnkrise überwinden und über ihr wirtschaftliches Gewicht hinaus gegenüber den USA an politischem Gewicht und Einfluss gewinnen und eine größere internationale Glaubwürdigkeit erlangen. Die Frage läuft darauf hinaus, ob die EU sich in einen von den USA angeführten Globalisierungsprozess voll einspannen lässt oder ihm ein eigenes, pluralistisches Gesellschaftsmodell entgegensetzen kann. Dies ist eine Frage höchster kultureller Priorität, die bei weitem den rein sozialen und wirtschaftlichen Rahmen übersteigt.

c) Voraussetzungen der Entstehung von Gewalt

Es ist kein Geheimnis, dass Gewalt gegen den industrialisierten Westen und die ihm "willfährigen" westlich orientierten Regierungen islamischer Prägung nicht allein in Einrichtungen wie den pakistanischen oder anderen, zentralasiatischen, Medressen gepredigt wird, sondern, wie jüngste Tonbandaufnahmen in einer Moschee der Niederlande beweisen, ebenfalls in Ländern der EU. Die Tatsache, dass in islamischen Ländern gewaltige Menschenmassen innerhalb kürzester Zeit zu Demonstrationen mobilisiert werden können, beweist den großen Einfluss der dortigen Führer, zumeist aus geistlichen Kreisen, und die Manipulierbarkeit von Teilen des Volks. Diese Führer sind Leitfiguren, nach deren Rat und Weisung sich die wenig gebildeten und unzureichend informierten Menschen richten. Hinzukommt die oben erwähnte wirtschaftliche Abhängigkeit von den von religiösen Führern unterhaltenen sozialen Netzwerken, die die Massen zur Mobilisierung verpflichten, da sie in ihnen wegen des Versagens korrupter und unfähiger Staatsorgane ihr Heil sehen. Solche Formen des Gesellschaftslebens können vor allem dort entstehen, wo einerseits mangels Bildung und objektiver Information der kritische Verstand des einfachen Volkes wenig ausgeprägt ist, andererseits die Demokratie und die mit ihr einhergehende politische Willensbildung

(auch mangels eines laizistischen Staats) durch Parteien schwach entwickelt sind und außerdem der Staat seiner Aufgabe der Grundversorgung der Menschen nicht gebührend nachkommt. Derartige Verhältnisse treiben die Massen, vor allem die perspektivlose Jugend, in die Hände von Agitatoren. Zwar ist lediglich eine geringe Anzahl der sog. militanten Islamisten dem gewaltbereiten Spektrum zuzuordnen. Ihre Macht ist aber erheblich. Viele Anführer wurden von ihren Regierungen aus Gründen der Staatssicherheit ins Gefängnis geworfen als eine antiamerikanische, regierungsfeindliche Stimmung nach den Anschlägen vom 11. September, vor allem nach Beginn des Feldzugs gegen die Taliban, Hunderttausende von Moslems, vornehmlich in Pakistan erfasst hatte.

In Pakistan unterhält die religiös orientierte Jamiat-i-islam Partei, die den Taliban besonders nahe stand, unter der Führung des Maulana Fazlur Rehman 830 von insgesamt etwa 5000 pakistanischen Koranschulen. Eine weitere Partei, die Jamiat Ulema-i-Pakistan unterhält etwa 70 Koranschulen. 20 000 Ausländer aus Afghanistan, Afrika und den zentralasiatischen Republiken studieren an diesen Schulen. In Somalia sind für 90% der Kinder nur religiöse Schulen verfügbar.

d) Ansatzpunkte für den Dialog

Was die Möglichkeiten eines Dialogs angeht, so dürfte die Mehrheit der Gewaltbereiten von vornherein nicht geneigt sein, sich von ihren zerstörerischen Plänen abbringen zu lassen, da sie die verzweifelte wirtschaftliche und soziale Lage eines Großteils der Bevölkerung bewusst zur Festigung ihrer Macht ausnutzt, wobei die gemeinsame Religion als Inhalt und Rechtfertigung dient. Die militanten Extremisten selbst können durch bloßen Dialog nicht überzeugt werden. Es besteht nur die Chance, ihre Resonanz in der Gesellschaft und damit ihre potentielle Gefolgschaft zu verringern. Dies ist wirkungsvoll nur durch Widerlegung der Argumente der Agitatoren und eine entscheidende Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen - Argumente ohne tätige Hilfe verhallen -, insbesondere durch Schaffung von Perspektiven vor allem für eine unzureichend gebildete und ausgebildete Jugend zu erreichen. Mittler in diesem Prozess können die gemäßigten Kräfte sein, mit denen ein permanenter und intensiver Dialog gepflogen werden muss. Ein solcher Dialog wird indessen durch unkluge und wenig einfühlsame Bemerkungen politischer Führer der westlichen Welt erschwert wenn nicht unmöglich gemacht: dies ist der Fall, wenn von Kreuzzügen gegen islamische Länder gesprochen wird oder ein Feldzug den Namen "unendliche Gerechtigkeit" erhält, die (nicht allein) nach muslimischem Verständnis Allah allein vorbehalten ist und gleichzeitig ein unerträgliches Maß an Arroganz und Selbstgerechtigkeit verrät. Auch die vom Gesichtspunkt der Achtung der Menschenrechte und der internationalen Konventionen her zweifelhafte Behandlung der in Afghanistan gefassten mutmaßlichen Verantwortlichen des verbrecherischen Talibanregimes auf Guantánamo ist nicht dazu angetan, das Vertrauen in die Wertordnung und die angebliche Vorbildlichkeit westlicher Kultur zu stärken. Desgleichen wird die Haltung der amerikanischen Regierung zum Internationalen Strafgerichtshof nicht ohne Grund als Anspruch einer Vormacht auf Straffreiheit und damit auf eine Sonderrolle interpretiert.

e) Zu überwindende Hindernisse

Der interkulturelle Dialog muss zahlreiche Hindernisse überwinden:

- unterschiedliche Interpretation der Geschichte und der kriegerischen wie religiösen Auseinandersetzung in der Vergangenheit sowie der ungelöste und an Intensität zunehmende Nahostkonflikt, in dem die militärisch stärkere Macht die amerikanische Supermacht hinter sich weiß während die arabischen Länder keine einheitlich starke Position einnehmen und die EU keinen entscheidenden Einfluss hat.
- Asymmetrie in der Argumentation, bei der auf islamischer Seite die rein religiösen Aspekte überwiegen und die nach unserer Auffassung grundlegend nichtreligiösen Bereiche des Gesellschaftslebens weitgehend überdecken, in dem Pluralismus, Pragmatismus, Effizienzdenken und rein diesseitsgerichtetes Denken vorwiegen.
- daraus und aus Verblendung und Überheblichkeit infolge westlicher kultureller Leistungen resultierend: mangelnde Bereitschaft der nichtislamischen Welt, der islamischen Zivilisation den ihr eigenen Wert zuzuerkennen. Dies beruht auch darauf, dass meist der Dialog zwischen ungleich (starken bzw. wohlhabenden) Partnern stattfindet.
- Absolutheitsanspruch islamischer Glaubensrichtungen und daraus folgende Unfähigkeit zur Selbstkritik und zum Dialog auf rein rationaler Ebene, was zum Teil aus der unterbliebenen Weiterentwicklung und Modernisierung der aus dem Koran gewonnenen islamischen Lehren folgt.
- Gefühl der totalen Überfremdung und Inbesitznahme durch die modernen Informations- und Telekommunikationstechnologien, die keine nationalen und kulturellen Grenzen berücksichtigen, verbunden mit dem Faszinosum, das das Fremde, Verbotene und "Progressive" ausübt.

f) Nutzen und Grundsätze des interkulturellen Dialogs

Die Kenntnis anderer Kulturen und der in ihnen entstandenen Wertordnungen sowie die gegenseitige Achtung sind in einer enger zusammenwachsenden Welt, wo die gegenseitigen Abhängigkeiten stärker werden, ein Gebot des Friedens. Zunächst gilt es das Verständnis zwischen islamischer und westlicher Welt ohne missionarischen Eifer und ohne andere Kulturformen in Frage zu stellen, zu verbessern und das Misstrauen abzubauen. Dies wird auch Gelegenheit bieten, seine eigene Position und Rangordnung der Werte zu überdenken. Genau so wichtig wie der interkulturelle Dialog erscheint die Auseinandersetzung mit den extremistischen Strömungen innerhalb derselben Religion. Hier ist es Verantwortung der gemäßigten Kreise, auf die fundamentalistischen und gewaltbereiten Kräfte einzuwirken. Die Intellektuellen der arabischen Welt sollten sich mehr Gehör verschaffen und den islaminternen Dialog nicht allein den geistlichen Führern überlassen.

Der interkulturelle Dialog war auch vor dem 11. September bereits auf internationaler Ebene institutionalisiert: Vom 31. Juli bis 3. August 2001 fand in Tokyo und Kyoto eine Internationale Konferenz über den Dialog der Zivilisationen im Rahmen des gleichnamigen UNU-Projekts (United Nations University) statt. Hierbei wurde ausdrücklich die konfliktpräventive Wirkung eines derartigen Dialogs anerkannt, indem Missverständnisse und Misstrauen verringert und eine Grundlage für eine friedliche Regelung von Streitigkeiten gelegt wird.

Die Kommission hat am 20. und 21. März 2002 zur Intensivierung des Dialogs zwischen der EU und ihren Partnern des südlichen Mittelmeers eine Konferenz in Brüssel über den interkulturellen Dialog abgehalten, der u.a. zu diesen Schlussfolgerungen gelangt ist:

- ein im Geiste der Toleranz, Offenheit, des Verständnisses und der gegenseitigen Achtung geführter permanenter interkultureller Dialog ist neben den wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen ein bedeutender Faktor bei der Konfliktverhütung, der Förderung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte und ist als gleichrangig mit wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen anzusehen. Gleichheit der Kulturen ohne Anerkennung des Rechts des Einzelnen auf Achtung seiner Menschenwürde ist ohne Sinn.

- Die EU trägt gemeinsam mit ihren Partnern des südlichen Mittelmeerraums eine gemeinsame Verantwortung für den Erhalt des Friedens und die Wahrung der Menschenrechte. Die Mittelmeerregion stellt gewissermaßen eine Trennlinie zwischen Nord und Süd dar, über die von beiden Seiten eine Brücke der Zusammenarbeit und Verständigung zur Bewältigung der gemeinsamen Probleme geschlagen werden muss.

- Der interreligiöse Dialog hat eine in den industrialisierten Ländern viel zu wenig beachtete Bedeutung. Viele Moslems finden im Religiösen einen sinnstiftenden Lebensinhalt, da das Streben nach Transzendenz ihrem Verständnis von der menschlichen Natur entspricht. Hieraus erklärt sich auch, dass die Religion eine wichtige Aufgabe in der sozialen Struktur hat und, im Gegensatz zu weiten Teilen der westlichen Länder, wo das Religiöse mehr privaten Charakter hat, zu den Überzeugungen des Einzelnen gehört, kollektiven Charakter hat. Eine gemeinsame Ebene für den Dialog kann unter der Voraussetzung der Neutralität des Staats gefunden werden, was die Säkularisierung, ein Aspekt der Modernität erleichtern könnte: Laizität bedeutet nicht Verneinung des Religiösen, sie ist lediglich Ausdruck der Gewissensfreiheit. Schließlich soll auch auf die gemeinsamen Wurzeln der drei großen monotheistischen Religionen hingewiesen werden: sowohl der Islam wie auch das Christentum gehen auf dieselbe Wurzel, nämlich die jüdische Religion zurück.

- Voraussetzung eines fruchtbaren Dialogs ist, dass er vorurteilsfrei und ohne Anspruch auf den alleinigen Besitz der Wahrheit, der Moral wie auch des 'richtigen' Gesellschaftsmodells in Anerkennung des Reichtums der kulturellen Diversität geführt wird und demgemäß über die argumentative Überzeugung hinaus keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten darstellt.

- Über den Dialog zwischen den Religionen darf die Auseinandersetzung innerhalb der eigenen Religion und Kultur nicht vernachlässigt werden, damit nicht die extremistischen und militanten Ansichten die Oberhand gewinnen: die Gegensätze zwischen den Gemäßigten und Radikalen sind insbesondere im Islam besonders stark.

- der interkulturelle Gedankenaustausch muss die Beiträge der jeweils anderen Kultur zur gemeinsamen Wissenschaft und Geschichte berücksichtigen; hierbei ist die zentrale Rolle der religiösen Überzeugungen in der Gesellschaft anzuerkennen.

- der Dialog darf nicht allein von der politischen oder intellektuellen Elite geführt werden, sondern muss möglichst weite Teile der Gesellschaft insbesondere die Jugend und Medien umfassen, die gleichzeitig die Rolle von Zielgruppe und Multiplikatoren spielen.

- Aufgabe des Dialogs ist die Suche nach Gemeinsamkeiten bei den Problemen, den Werten und Prioritäten sowie den Problemlösungen; hierbei gilt das Prinzip der internationalen Solidarität, das in den geschichtlichen Gemeinsamkeiten im Mittelmeerraum und den aktuellen Notwendigkeiten begründet ist.

- Die Suche nach einer gemeinsamen Wertordnung sollte von einem zivilisatorischen Grundkonsens hinsichtlich der Grundsätze der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Menschenwürde, der individuellen Freiheit, der (religiösen) Toleranz und des Prinzips der friedlichen Regelung von Konflikten ausgehen; ein Vorbild kann in der UN-Millenniumserklärung vom 8. September 2000 gesehen werden: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz und Achtung vor der Natur. Anzustreben ist eine friedliche und gerechtere internationale Ordnung auf der Grundlage des Respekts der Menschenwürde. Die EU sollte die Einhaltung der Menschenrechts-Klauseln in den jeweiligen Abkommen überwachen.

Es gilt also, Gemeinsamkeiten mit der Kultur islamischer Länder herauszuarbeiten und zwar auch um den Preis von Divergenzen mit den USA. Die große Aufgabe, der sich die EU bei der Auseinandersetzung mit dem Islam und seinen extremistischen Strömungen stellen muss, kann nicht ausschließlich nach dem von der amerikanischen Regierung bislang eingeschlagenen Konfrontationskurs gelöst werden. Sosehr Konsultationen mit den USA erforderlich sind und militärische Maßnahmen in bestimmten Fällen angezeigt sein mögen, sollte die EU in größtmöglichem Umfang den Weg der Entwicklungspolitik, der Suche nach Konsens und den Weg des friedlichen Dialogs beschreiten, hier aber umso mehr aktiv werden.

Mit Vertretern des Islam in der EU und in islamischen Ländern sollten gemeinsame Positionen hinsichtlich der großen gegenwärtigen Probleme materieller, politischer und kultureller Natur erarbeitet werden: Bevölkerungswachstum, Armut, Umwelt, natürliche Ressourcen, Rolle der Religion im öffentlichen Leben und ihre Vereinbarkeit mit Demokratie und Gewaltenteilung. Hierbei ist eine offene und kontroverse Diskussion zu führen, die sich nicht auf den Austausch diplomatischer Höflichkeitsfloskeln beschränkt.

g) Programme zur Intensivierung des interkulturellen Dialogs

Das MEDA-Programm stellt auf kulturellem Gebiet eine solide Grundlage dar für die Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranrainerstaaten.

Die Deklaration von Barcelona vom November 1995 unterstreicht bereits die zentrale Bedeutung

- 1) des interkulturellen und interreligiösen Dialogs
- 2) der Medien bei der Wahrnehmung und beim Verständnis anderer Kulturen
- 3) der Förderung der Bildung und des Austauschs zwischen den Kulturen

Der Rat der Außenminister hat in seinen Schlussfolgerungen im Anschluss an die Euro-Mittelmeer Konferenz in Valencia vom 23. April 2002 unter Hinweis auf die Ereignisse des 11. Septembers sowie die Nahostkrise verstärkte Anstrengungen im Rahmen des Barcelona-Prozesses auch hinsichtlich der interkulturellen Zusammenarbeit gefordert. Das Phänomen des Terrorismus müsse in einer globalen und fachübergreifenden Weise in Partnerschaft u Solidarität behandelt werden.

Die Schaffung einer Europa-Mittelmeer Stiftung zur Intensivierung und Institutionalisierung des interkulturellen Dialogs wurde grundsätzlich befürwortet. Außerdem wurde ein Aktionsprogramm für den Dialog zwischen den Kulturen beschlossen. Hieran sollen weite Kreise der Bevölkerung vor allem die Jugend und die Medienvertreter zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses und zum Abbau von Klischeevorstellungen beteiligt werden. Das TEMPUS Programm für die Zusammenarbeit zwischen Universitäten wurde auf die Mittelmeeranrainerstaaten ausgedehnt und NETD@YS und e-schola Aktivitäten wie Schulpartnerschaften wurden auf weitere Mittelmeerländer ausgedehnt.

Bislang wurden Regionalprogramme betreffend das kulturelle Erbe, die audiovisuelle Zusammenarbeit und ein Jugendaustauschprogramm mit zahlreichen Projekten gefördert. Daneben finanziert die Gemeinschaft kulturelle Aktivitäten der Delegationen der Kommission in den 12 Mittelmeer-Partnerländern, eine Anzahl von Konferenzen von Vertretern der Zivilgesellschaft, Informationsbesuche von Journalisten bei den Institutionen der EU in Brüssel sowie deren Fortbildung.

Bildungsprogramme sollten verstärkt die unterschiedlichen Kulturen, Zivilisationen und Religionen im Schul- und Hochschulunterricht sowie in den übrigen öffentlichen Bildungseinrichtungen einbeziehen zur Anerkennung der kulturellen Vielfalt. Themenschwerpunkte sollten sein: Förderung des Verständnisses für Frieden, Demokratie und Religion, Verhältnis zum laizistischen Staat, Menschenrechte, Gleichstellung von Mann und Frau, Solidarität, Fremdsprachen, Literatur und Kunst (Ausstellungen der bildenden Kunst, Filme, Theater, musikalische Darbietungen).

Vorrangig und zunächst geht es um die Bildung der Ausbilder. Diese müssen vor allem motiviert und instruiert werden. Soweit möglich sollten beide Seiten an der Organisation von Veranstaltungen beteiligt sein. Hervorragend ist die Jean Monnet Aktion für solche Veranstaltungen geeignet, da sie im Namen der EU handeln kann. Sie sollte mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

In Frage kommen Austauschprogramme, Stipendien, Begegnungen, Bildungsseminare, Konferenzen, Kongresse zur Beteiligung der breiten Öffentlichkeit, Stipendien, Entwicklungsprojekte, Treffen zwischen Mitgliedern verschiedener religiöser Gemeinschaften zur Vertiefung gemeinsamer Wertvorstellungen, Zusammenarbeit in der Wissenschaft, Journalistenaustausch und -fortbildung, Seminare für Professoren, Künstler, Geschäftsleute und Vertreter der Zivilgesellschaft über aktuelle kulturelle und soziale Fragen.

Zusammenkünfte von Vertretern verschiedener Religionen gibt es überall in der Welt. Ein gutes Beispiel einer solchen religionsübergreifenden Zusammenarbeit ist die "United Religions' Initiative", an der Vertreter aller großen Religionen beteiligt sind und deren Ziel die Förderung des Gedankenaustauschs und der Toleranz ist. Ihr Netzwerk ist weltweit gespannt. Diese Bewegung hat eine Charta mit Grundsätzen zur gegenseitigen Verständigung erarbeitet. Unterschiedliche Ansichten sollten nicht in Konflikt münden. Ein jeder hat Recht auf "seine" Form der Spiritualität. Im März 2002 wurde diese Bewegung im Europäischen Parlament vorgestellt.

Über die genannten öffentlichen Begegnungen ist eine aktive Informationspolitik angezeigt. Partnerschaften zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft zum Abbau sozialer Ungleichheit und zur Förderung der Beschäftigung insbesondere von Frauen und Jugendlichen sind zu fördern. Hierbei sollten Vertreter der Sozialpartner angesprochen werden. Es könnten Lehrstühle für Sozial- und Geschichtswissenschaften mit einem entsprechend ausgerichteten Forschungsauftrag auf beiden Seiten des Mittelmeers eingerichtet werden. Die Beteiligung von Politikern und führenden Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft sollte wegen deren Einfluss auf die öffentliche Meinung angestrebt werden.

Der Jugendaustausch sollte schwerpunktmäßig betrieben werden: die Jugendlichen stehen neuen Denkmustern eher aufgeschlossen gegenüber und werden einmal das Schicksal ihres Landes gestalten. Die Kommission hat hierzu ein Programm (EUROMED-Youth) entwickelt. Als sehr nützlich haben sich gemeinsam von europäischen und arabischen Jugendlichen in islamischen Ländern durchgeführte Förderprojekte der EU erwiesen. Es sollten auch private Initiativen (Netzwerke, Kultur- und Begegnungsreisen) gefördert werden im Sinne einer Heranführung an das reiche kulturelle Erbe der Länder Nordafrikas. Diesbzgl. sind auf die zahlreichen archäologischen Ausgrabungsstätten hinzuweisen, die Orte der Begegnung und des breiten wissenschaftlichen Austauschs sein können. Die Kommission beabsichtigt, ein Programm zur Verbreitung des historischen Erbes einzurichten.

Von der Seite der EU kann ein solcher Dialog nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn er von der Achtung für die andere Kultur, durch Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit gekennzeichnet ist. Maßstab für eine Bewertung der Glaubwürdigkeit im Ausland ist auch die Behandlung der Moslems in den europäischen Ländern. Ihre aktive Beteiligung an der Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens über ihre eigenen kulturellen Grenzen hinaus sollte gefördert werden. Dies verlangt von beiden Seiten die Bereitschaft und Öffnung zum Gedankenaustausch und zur kulturellen Zusammenarbeit.

11. Rolle der Medien

Die Medien spielen in der internationalen Zusammenarbeit und bei der Begegnung unterschiedlicher Kulturen eine entscheidende Rolle und tragen gleichzeitig eine überaus große Verantwortung.

Das Außenministerium der Republik Österreich hat am 3. Juni 2002 ein Expertenseminar zum Thema der Rolle der Medien beim interkulturellen Dialog zwischen der EU und den Mittelmeerländern im Rahmen des im Barcelona-Prozesses in Valencia im April 2002 angenommenen Aktionsplans organisiert. Hieran nahmen Journalisten von Radio- und Fernsehanstalten sowie Zeitungen, Schriftsteller und Wissenschaftler verschiedener Geistesrichtungen (Philosophie, Politologie, Soziologie) teil. Vertreter von Al Dschasira und CNN haben der Einladung nicht Folge geleistet.

Die Ergebnisse (Schlussfolgerungen und Empfehlungen) lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Bilder der Medien, ihre Auswahl, Darstellung und Kommentierung sind auf die Meinungsbildung des breiten Publikums von großer Wirkung. Die hieraus entstehende öffentliche Meinung kann das Regierungshandeln eines Landes beeinflussen oder auch rechtfertigen, weshalb eine möglichst unabhängige, objektive und abgewogene Berichterstattung wichtig ist.

- Die Medien sollen die Andersartigkeit als Bereicherung, nicht als Bedrohung darstellen. Da die Berichterstattung dem schnellen "Konsum" diene, sei sie viel zu einseitig: meist werden nur Sensationen und Akte der Brutalität gemeldet: auch dem nicht Spektakulären, wie den zahlreichen privaten Organisationen, die z.B. im Nahostkonflikt über die nationalen und kulturellen Grenzen hinweg die Verständigung suchen und Hilfe leisten, sollte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Meist werden Konflikte angeheizt statt Wege zu ihrer Überwindung aufzuzeigen. Zudem wird der religiöse Faktor stark unterbewertet (oder verzerrt dargestellt), weil er in den industrialisierten Ländern eine geringere Rolle spielt. Es gilt, die gemäßigten Kräfte zu stärken, anstatt die Gegensätze zu betonen.

- unangebrachte Stereotypen und Verallgemeinerungen sind zu vermeiden, um eine kritische Betrachtung und Meinungsvielfalt zu ermöglichen. Häufig werde einem Land die Meinungsführerschaft überlassen, dem aufgrund seiner Parteilichkeit und häufig zu beobachtenden Oberflächlichkeit diese Rolle nicht zukomme. Dies mache besonders die

arabische Welt besorgt. Die EU solle ihren Wertvorstellungen mehr Geltung verschaffen, auch wenn dies zu einem Gegensatz mit den USA führe. Die Presse des Südens solle im Norden mehr verbreitet werden. Auch die Wahl der Gesprächspartner in den arabischen Ländern sei sehr einseitig, was zur Wiederholung der ewig gleichen Klischees führe. Es treffen eher die Unwissenheiten auf beiden Seiten aufeinander als die kulturellen Unterschiede. Die Konfliktparteien werden (meist einseitig) dämonisiert und entmenschlicht. Die Analyse kommt gegenüber den voreiligen Schlussfolgerungen zu kurz. Der Zusammenhang, der historische Ablauf, Ursache und Wirkung werden völlig unzureichend dargestellt in Bild und Schrift (TV und Zeitungen). Die Ursachen seien mehr im Sozialen, Humanitären und im Nationalismus als in den kulturellen Unterschieden zu sehen. So werde im Nahostkonflikt das Problem der Besetzung zu sehr herabgespielt. Der Islam werde quantitativ zu sehr und qualitativ unzureichend behandelt. Vielen Journalisten fehle eine solide historische Bildung. Die EU solle Ausbildung auf beiden Seiten finanzieren (Journalistenschulen). Eine positive Breitenwirkung hat die Preisverleihung an Journalisten für Beiträge zum Frieden. Die Berichterstattung durch Al Djazeera und ihr Beitrag zur Demokratisierung wurden positiv hervorgehoben. Häufigere Sendungen in englischer Sprache würden begrüßt.

- die gegenseitigen Abhängigkeiten Nord- Süd sind im Zusammenhang korrekt darzustellen, wobei die Bevölkerung mit den Notwendigkeiten vertraut gemacht wird, deren Druck sich die EU auf Dauer nicht entziehen kann: Demographie im Norden erfordert zur Wahrung des Lebensstandards Einwanderung. In manchen arabischen Ländern gibt es 50% jugendliche Arbeitslose.

- die Anerkennung der anderen Kultur muss auch im Erlernen ihrer Sprache zum Ausdruck kommen. Dies darf keine Einbahnstrasse sein: mit der vordringenden englischen Sprache gewinnt auch die anglo-amerikanische Kultur an Boden. Es sollten mehr Bücher des arabischen Sprachraums übersetzt werden. Es gibt überhaupt ein sehr starkes Missverhältnis zwischen der Verbreitung der arabischen und europäischen Literatur in der jeweils anderen Kultur. Dies muss überbrückt werden durch Buchmessen und die Finanzierung von Übersetzungen.

- In Anbetracht der überragenden Rolle der Medien, zumal des Fernsehens, als Meinungsbildner und -multiplikator, sollten diese zur Verbreitung von Programmen des kulturellen Austauschs und der zuvor beschriebenen Veranstaltungen verstärkt eingesetzt werden. Ein Gedankenaustausch und "öffentliche" Diskussion über Angelegenheiten gemeinsamen Interesses ist auch über das Internet möglich, wo eine website eingerichtet werden könnte und Beiträge für alle Beteiligten sichtbar gemacht würden. Besonders ist auf die Publizität derartiger Aktionen zu legen, um die Breitenwirkung zu vergrößern.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

- Die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Entwicklungsländer mittelbar durch eine Akzentuierung der nachlassenden Konjunktur und damit der verringerten Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen in den Industrieländern und unmittelbar durch einen massiven Einbruch vor allem im Tourismussektor und im Transportgewerbe getroffen. Langfristige Folgen sind wegen des, angesichts der anhaltenden Bedrohung, gestörten Vertrauens in normale Wirtschaftsabläufe, vornehmlich im Handelsaustausch mit bestimmten Herkunftsländern und bei Direktinvestitionen, zu erwarten.

- Die Anschläge waren Höhepunkt einer langen Reihe von Attentaten extremistischer muslimischer Kreise auf westliche, vornehmlich amerikanische Interessen. Die Bedrohungssituation hat sich seit dem Wirksamwerden der terroristischen Al-Quaida Organisation radikal geändert, da diese im Gegensatz zu den bisherigen eher vereinzelt aktiven terroristischen Gruppen ein finanzstarkes und weltweites Netzwerk aufgebaut hat, das in afghanischen Ausbildungslagern Tausende von Kämpfern ausgebildet hat.

- Die Motive der Anschläge sind in der Bekämpfung der USA wegen ihrer Präsenz an den sog. heiligen Stätten Saudi-Arabiens und wegen ihrer militärischen Vormachtrolle weltweit, insbesondere in der Golfregion, zu sehen. Diese Beweggründe werden vordergründig durch die im Koran enthaltene Aufforderung der Vernichtung der Juden und Christen in einem heiligen Krieg und daher auch mit dem palästinensischen Freiheitskampf gerechtfertigt. Als emotionales Motiv kommt hinzu die Verachtung westlicher Kultur und Dekadenz, wie sie in der Vorstellung der Täter von den USA symbolisiert wird.

- Die Anschläge haben das ambivalente Verhältnis der USA zu den Herrschern der Golfregion, insbesondere Saudi-Arabiens verstärkt, die einerseits (bislang) zuverlässige Erdöllieferungen an westliche Länder gewährleisteten, andererseits aber weltweit islamistische Kreise finanzieren, von denen einige zunehmend den Westen bedrohen.

- Die Attentate haben eine neue Ära der internationalen Beziehungen eingeläutet, die geprägt ist von einer Zusammenarbeit zahlreicher Staaten zu einem verstärkten weltweiten Kampf gegen den Terrorismus (Antiterror-Koalition). Der Europäische Rat und das Europäische Parlament haben ihre Solidarität mit den USA ausdrücklich erklärt.

- Während die amerikanische Regierung den Militärhaushalt erheblich erhöht und hauptsächlich auf eine militärische Antwort auf die terroristischen Angriffe setzt, mit Hilfe befreundeter Staaten das verbrecherische Taliban-Regime in Afghanistan beseitigt hat und einen Präventivschlag zum Sturz des irakischen Regimes propagiert, befürwortet eine zunehmende Anzahl von Regierungen der Antiterror-Koalition einen besonnenen und friedlichen Weg zur Bekämpfung der tieferen Ursachen des Terrors.

- Weltweit ist eine zunehmende Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele zu beobachten. Die meisten Konflikte haben ausufernde nationalistische Bestrebungen oder ethnisch bzw. religiös motivierte Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund sozio-ökonomischer Verteilungskämpfe als Ursachen. Diese Auseinandersetzungen kommen zum Ausbruch mangels eines geeigneten internen Krisenmanagements infolge von Demokratiedefiziten oder sogar der Auflösung der staatlichen Ordnung.

- Wenn die Anschläge des 11. Septembers auch islamisch geprägtem Terrorismus zuzuordnen sind, ist eine Gleichsetzung des Islam mit Terror nicht zulässig. Das missbräuchliche Herausgreifen von Passagen des Koran zur Rechtfertigung von Gewaltakten seitens einiger Extremisten kann nicht der Religion und der Mehrheit der gemäßigten Anhänger dieser Religion insgesamt angelastet werden.

- Die islamische Welt befindet sich gegenwärtig in einer kritischen Phase des Modernisierungs- und Reformdrucks, der die traditionellen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen verschärft. Modernisierung bedeutet indessen nicht einseitig westliche Orientierung. Die religiösen Auseinandersetzungen machen sich gewaltbereite Extremisten zunutze, um eine Führungsrolle zu erringen. Hierbei kommt ihnen einerseits die Doppelrolle des Islam auf der weltlichen und religiösen Ebene und andererseits die Manipulierbarkeit armer, ungebildeter und indoktrинierter Menschen entgegen.

- Die EU als weltweit bedeutendster Akteur auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe kann durch eine langfristig angelegte, kohärente, mit der Außen- und Außenwirtschaftspolitik abgestimmte Entwicklungspolitik einen Beitrag leisten zum Interessenausgleich zwischen Nord und Süd, zum Aufbau der Demokratie, zur Durchsetzung der Menschenrechte und Festigung staatlicher Strukturen in den Entwicklungsländern wie auch zur Besserung der Lebensverhältnisse der Menschen in materieller Hinsicht und bzgl. ihrer Bildung. Insofern hat eine kohärente und glaubwürdige Entwicklungspolitik konfliktpräventive Wirkung.

- Eine Reduzierung der Ratsgremien der EU bei gleichzeitiger Fusion des entwicklungspolitischen Ressorts mit dem auswärtigen bringt die Gefahr mit sich, dass die entwicklungspolitischen Gesichtspunkte beim Entscheidungsprozess eine untergeordnete Rolle spielen oder gar verdrängt werden. Die Anschläge des 11. Septembers haben die Unverzichtbarkeit einer langfristig angelegten kohärenten Entwicklungszusammenarbeit bewiesen, weshalb angezeigt ist, die Eigenständigkeit des Entwicklungsministerrats zu erhalten.

-Das MEDA-Programm auf der Grundlage der Erklärung von Barcelona vom 27./28. November 1995 sowie der Beschlüsse der Europa-Mittelmeerkonferenz von Valencia vom 22./23. April 2002 ist ein hervorragend geeigneter Rahmen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der arabisch-muslimischen Welt der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten.

- Erhebliche Fortschritte bei dieser Zusammenarbeit wie auch bzgl. eines umfassenden Ausgleichs mit der arabischen Welt können jedoch vor einer friedlichen und gerechten Beilegung des Nahostkonflikts nicht erreicht werden. Der Freiheitskampf der Palästinenser hat (auch in Anbetracht des weiterhin ungelösten Flüchtlingsproblems) unausweichlich einen arabischen Solidarisierungseffekt, der die Gesamtheit der Beziehungen mit der arabischen Welt überschattet.

- Die EU sollte ihr gesamtes politisches Gewicht für eine rasche Beilegung des Konflikts in die Waagschale werfen. Dazu muss sie mit einer Stimme sprechen und darf das Feld nicht allein den USA überlassen, deren Parteilichkeit zugunsten Israels sich als Hindernis bei der Lösung erwiesen hat.

- Der Bedarf an staatlichen Einrichtungen zur Grundversorgung ist in einigen arabisch-muslimischen Staaten infolge des Versagens der Regierung besonders groß, was eine Abhängigkeit armer Bevölkerungsschichten von religiösen, karitativen Einrichtungen geistlicher Führer zur Folge hat, die die Bevölkerung zu ihren Zwecken mobilisieren können. Sie verschaffen sich über die Lösung sozialer Probleme politischen Rückhalt bei den Armen, um die Macht im Staat zu übernehmen. Ähnliches gilt für die Bildungsstätten, von denen vor allem in Pakistan eine große Anzahl hauptsächlich religiös ausgerichtet und in der Hand mächtiger religiöser Führer ist.

- In Anbetracht des spezifischen Bedrohungsszenarios kommen Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen, zur Demokratisierung und Intensivierung des interkulturellen Dialogs in Betracht.

- Der interkulturelle Dialog mit den weltlichen und geistlichen Meinungsführern der islamischen Welt dient der Verständigung zum Ziel eines friedlichen Nebeneinander sowie der gemeinsam zu lösenden weltweiten Probleme, was eine solidarische Grundhaltung zu anderen Ländern und Kulturen impliziert. Er verlangt auf beiden Seiten zunächst eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Wertordnung und den eigenen Prioritäten. Ein fruchtbarer Dialog setzt außerdem Offenheit, Toleranz und Achtung vor der Kultur und den Traditionen des Partners und dessen religiösen und daher keiner Rechtfertigung bedürftigen Überzeugungen voraus. Der Dialog darf keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sein. Ein sinnvoller Dialog muss auf die Erzielung eines Grundkonsenses gerichtet sein und darf daher fundamentale Fragen wie Demokratie, Menschenwürde und Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie das Problem eines gerechten und friedlichen Ausgleichs gegensätzlicher Interessen nicht ausklammern. An dem Dialog muss die Zivilgesellschaft ebenso wie die intellektuelle Elite Anteil haben, was mit Programmen zu fördern ist.

- Den Medien kommt bei der interkulturellen Verständigung eine überaus große Bedeutung zu, weshalb an das Verantwortungsgefühl der Medienvertreter zu appellieren ist. Häufig treffen Regierungen Entscheidungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die durch die Medien maßgeblich beeinflusst wird. Die meist oberflächliche und sensationsgeladene Darstellung der Konflikte wird weder dem Ernst der Sache noch dem Informationsbedürfnis des Publikums gerecht. Die Sachverhalte sollten möglichst objektiv, die Meinung der Konfliktparteien reflektierend und mit einer Analyse der Ursachen und Motive dargestellt werden. Vielfach sind Journalisten bereits aufgrund ihrer Bildung und Information nicht in der Lage, das Geschehen historisch und kulturell einzuordnen und zu bewerten. Die Veranstaltung von Bildungsseminaren vor dem Hintergrund der interkulturellen Auseinandersetzung ist empfehlenswert.

ENDNOTEN

¹ Siehe Entschließung der AKP-EU-Versammlung vom 1. November 2001, ABl. C78 vom 02.04.2002, S. 53

² Vgl. OECD, Economic consequences of terrorism, 2002.

³ Siehe auch Entschließung der AKP-EU-Versammlung vom 1. November 2001, ABl. C78 vom 02.04.2002, S. 81.

⁴ Vgl. auch des Hl. Bernhards Beitrag zur Gründungsakte des Templerordens, worin er die Tötung der "Übeltäter" rechtfertigt.

⁵ Staaten, in denen die Scharia ganz oder teilweise angewandt wird: Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Irak, Sudan, Jemen, Afghanistan, Iran, Pakistan und Nigeria

⁶ Bezeichnenderweise hat platonisches und aristotelisches Gedankengut keinen bestimmenden Einfluß auf den islamischen Glauben genommen, obwohl die Araber dem Westen die Schriften dieser beiden griechischen Philosophen vermittelten. Auch dies spricht für das Beharrungsvermögen der strenggläubigen Interpreten dieser Religion.

⁷ KOM(2000) 212)

⁸ Vom 01.03.2001, ABl. C 277 v. 1.10.2001, S.130.

⁹ Vgl. Mitteilung der Kommission vom 02.05.2001 zum Aufbau einer effizienten Partnerschaft mit den Vereinten Nationen in den Bereichen Entwicklung und humanitäre Hilfe, KOM(2001) 231.

¹⁰ Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien, Türkei, palästinensische Behörde, Zypern; Libyen wurde am 16. April 1999 das Statut eines Partners am Barcelona-Prozess eingeräumt.

¹¹ Vom 27.11.2000, ABl. C 135 v.7.5.2001, S. 171.

¹² Vgl. Bericht Morillon/Cohn-Bendit vom 11.6.2002.

¹³ ABl. C284E vom 21.11.2002, S. 108.

¹⁴ KOM(2001) 252; siehe auch: Bericht der Kommission über die Durchführung der Initiative der EU für Demokratie und Menschenrechte im Jahre 2000 (SEC(2001) 801).

¹⁵ aaO

¹⁶ Algerien, Ägypten, Somalia, Sudan, Jemen, Afghanistan, Kirgistan, Palästina, Philippinen, Pakistan, Tschetschenien, Indonesien und Bangladesch.

¹⁷ vom 13.12.2001, ABl. C 177E v. 25.7.2002, S. 291; siehe auch die Mitteilung der Kommission (KOM(2001) 211.

¹⁸ Siehe diesbzgl. auch Art. 11 des Abkommens von Cotonou.

¹⁹ Siehe den Bericht van den Berg vom 5.2.2002 sowie den Jahresbericht der Kommission zu ECHO vom 03.07.2002 (KOM(2002) 322).

²⁰ Vgl. Mitteilung der Kommission vom 24. April 2002 (KOM(2002) 212 hierzu sowie Schlussfolgerungen der Konferenz der UN in Kopenhagen im Jahre 1995 und der Folgekonferenz im Jahre 2000 und Bericht Deva zu Handel und Entwicklung für die Armutsbekämpfung, angenommen im Entwicklungsausschuss am 11.06.2002.

²¹ Wesentliche Ziele der Milleniumserklärung sind die Halbierung der Anzahl armer Menschen, Zugang zur Grundbildung für alle Kinder und Verringerung der Kindersterblichkeit um 2/3.

²² aaO.

²³ Vgl. auch Entschließung der AKP-EU-Versammlung vom 1. November 2001, ABl C78 vom 02.04.2002, S. 70.

²⁴ KOM(2002) 129.

²⁵ Vgl. Mitteilung der Kommission vom 06.03.2002 zur Rolle der Bildung im Rahmen der Armutsminderung, KOM(2002) 116.

²⁶ Siehe auch Stellungnahme des Haushaltsausschusses zum Bericht L. Morgantini betreffend den Abschluss des 10. Abkommens EG-UNRWA, A5-0010/1999, ABl. C054 vom 25.02.2000, S. 106.